

Heinrich Böll Stiftung

Jahresbericht 1999

Impressum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Redaktion: Bernd Rheinberg, Susanne Dittrich
Texte: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung sowie Wolfgang Sachs

Auflage: 2750
Stand: 1. Juli 2000

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe
Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin, Telefon 030-28534-0, Fax 030-28534-109

E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

Inhaltsverzeichnis

1. Nachhaltige Entwicklung und Internationale Umweltpolitik	7
2. Zukunft der Arbeit und des Sozialen	14
3. Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik	18
4. Migration und demokratische Partizipation	22
5. Menschenrechte, Zeitgeschichte und Zukunft der Demokratie	25
6. Kunst, Kultur und Medien	33
7. Kommunalpolitische Infothek	40
8. Studienwerk	41
9. Feministisches Institut	44
10. Grüne Akademie	45
11. Archiv Grünes Gedächtnis	48
12. Projekte und Partner im In- und Ausland sowie Gäste	49
13. Gremien	61
14. Finanzen und Personal	63
15. Adressen	67
16. Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung	74
17. Förderkreis	77

Vorwort des Vorstandes

Weltoffen und zukunftsorientiert

Noch fällt es schwer, die Veränderungen in unserer politischen Kultur begrifflich festzumachen. Da es diese Veränderungen gibt, ist offenkundig. Ihre Triebkräfte werden mit Schlagwörtern wie "Globalisierung", "Internet-Revolution" oder "New Economy" umrissen. Tatsächlich hat die Politik Probleme, die rasanten technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungsprozesse in einem adäquaten Orientierungs- und Handlungsrahmen zusammenzuhalten. Dieser Rahmen könnte mit den Leitbegriffen "Nachhaltigkeit" und "Erneuerung der Demokratie" skizziert werden. An diesen Koordinaten für eine zukunftsfähige Politik und Gesellschaft zu arbeiten, das ist eine der zentralen Aufgaben, der sich die Heinrich-Böll-Stiftung widmet.

Auch die politische Bildung ist im Umbruch. Zwar gibt es weiterhin Bedarf an den klassischen Aufgaben politischer Bildung - Qualifizierung für ehrenamtliches Engagement, Politikberatung, gesellschaftliche Aufklärung durch Information und kritische Diskussion -, aber die Inhalte und Formen dieser Bildungsarbeit haben sich verändert. Für eine politische Stiftung wie die unsere sind neue Aufgaben dazugekommen: internationale Förderung von Demokratie und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Dialog der Kulturen, Zukunftswerkstatt, Anstöße für neue politische Konzepte und Strategien. Einen Teil unserer Arbeit des vergangenen Jahres finden Sie in den einzelnen Kapiteln dieses Jahresberichts wieder; darin stellen wir Ihnen einige exemplarische Veranstaltungen, Projekte und Partnerschaften vor, so dass Sie eine gute Übersicht über das Engagement der Stiftung gewinnen können.

"Vergangenheitspolitik", die kritische Auseinandersetzung mit zeithistorischen Themen und ihrer Rezeption, gehört zu den Kernaufgaben der Heinrich-Böll-Stiftung. Ohne bewusstes Verhältnis zur Vergangenheit, keine bewusste Gestaltung der Zukunft. Gleichzeitig geht unser Blick nach vorn. In den letzten Jahren haben wir begonnen, Veranstaltungsreihen zu zentralen Zukunftsfragen aufzubauen - wie die Konferenzen zur "Zukunft der Arbeit", die bildungspolitischen Fachgespräche, die "Außenpolitische Jahrestagung" oder das "Entwicklungspolitische Forum".

Im Dezember 1999 fand die erste "Außenpolitische Jahrestagung" statt. Von nun an soll jährlich ein strategisches Thema der deutschen und europäischen Außenpolitik in einem international besetzten Forum aus Politik, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zur Diskussion gestellt werden. Wir wollen damit einen Beitrag zur Herausbildung einer "außenpolitischen Kultur", zur Aneignung außenpolitischer Fragen durch das grüne Spektrum und zum Dialog zwischen Regierung und kritischen gesellschaftlichen Gruppen leisten.

Das "Entwicklungspolitische Forum" dient der Bestandsaufnahme und vor allem der Weiterentwicklung entwicklungspolitischer Konzeptionen, die der von der rot-grünen Bundesregierung in Aussicht gestellte Wandel zu einer "internationalen Strukturpolitik" erforderlich macht. In diesen Zusammenhang gehört auch die Studie zur "Global Governance", die die Heinrich-Böll-Stiftung (in Zusammenarbeit mit WEED) in Auftrag gegeben hat. Mittlerweile liegt die Studie als Buch vor.

Mit der Frage nach einer nachhaltigen Ökonomie beschäftigten sich die große internationale Konferenz "Beyond Growth" sowie die Studie "Energiewende 2020", eine Arbeit des Ökoinstituts im Auftrag der Stiftung. Die Ergebnisse - eine Energiewende ist möglich! - liegen seit kurzem vor.

Unser besonderes Augenmerk gilt der Entwicklung des Studienwerks, das unter dem Stichwort "Eliten im Grünen" den akademischen Nachwuchs fördert. Mit Promovierenden-Kollegs, Kolloquien und dem jährlichen "Sommercampus" trägt das Studienwerk zum Bildungsprogramm der Gesamtstiftung bei.

Auch unsere internationale Arbeit strebt zu neuen Ufern. Wir werden schrittweise die Aktivitäten in China ausbauen, um dort die zivilgesellschaftlichen Ansätze und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und die Kenntnisse über den rasanten gesellschaftlichen Wandel Chinas in der Bundesrepublik zu verbessern. In diesem Sinne soll der Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen intensiviert werden. Der Einstieg gelang mit einer Veranstaltungsreihe zum Thema "Stadtentwicklung" in einer Kooperation mit dem chinesischen Architekturverband. Dem folgen soll die Zusammenarbeit mit chinesischen Frauenorganisationen. Ins Auge gefasst ist auch ein Projektbüro der Stiftung in Peking. Gleichzeitig werden wir die traditionelle Zusammenarbeit mit den Tibetern fortsetzen - auch mit Projekten in Tibet selbst. Im Juni letzten Jahres war der Dalai Lama als Gast der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland, um für eine friedliche Lösung des Tibetkonfliktes zu werben.

Einen besonderen Stellenwert in der Auslandsarbeit hat momentan Südosteuropa. Wenige Tage nach der Vereinbarung über den Rückzug der serbischen Armee und der Errichtung einer internationalen Verwaltung im Kosovo eröffnete die Stiftung ein Regionalbüro in Sarajevo. Dies ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil die Stiftung in einem Umfang von jährlich ca. 2,2 Millionen DM bis 2003 am Balkanstabilitätspakt partizipiert. Wir arbeiten zur Zeit an einem Programm, das an die bisherigen Partnerstrukturen und Schwerpunkte anknüpft: Menschenrechte und Demokratie, Ökologie (da vor allem der Aufbau einer zukunftsorientierten Energieversorgung), Frauenrechte, multiethnische Zusammenarbeit und europäische Integration. Zur kritischen Begleitung der Erweiterung der europäischen Union und den damit verbundenen Integrations- und Grenzfragen hat die Stiftung in Prag eine Koordinationsstelle eingerichtet.

Die verstärkten Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung in Südostasien finden ihren Niederschlag in der Eröffnung eines Büros in Chiang Mai (Thailand). Das Büro in Lahore (Pakistan) konzentriert sich auf die Zusammenarbeit mit den Partnern in Südasien und wird dabei künftig von einer Kontaktstelle in Neu Delhi (Indien) unterstützt. Ein Arbeitsschwerpunkt beider Büros liegt im Ausbau des europäisch-asiatischen Dialogs zu Themen wie Nachhaltigkeit und Globalisierung. Auch im größten Land Südamerikas, in Brasilien, hat die Stiftung kürzlich ein Regionalbüro eingerichtet, um dort die große Zahl von Projektpartnern besser betreuen zu können. Insgesamt arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung mit rund 140 Projektpartnern in annähernd 60 Ländern zusammen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung baut im politisch-kulturellen Reizklima Berlins auch in Zukunft auf die authentische Information und Diskussion in Tagungen und Foren. Gleichzeitig bemühen wir uns, auch andere Formen der politischen Einmischung und Bildung weiter zu entwickeln: vor allem durch Publikationen und neue Medien - z.B. durch unseren eigenen Internetauftritt www.boell.de, die Webpage des Feministischen Instituts www.glow-boell.de, oder die "kommunalpolitische Infothek" www.kommunale-info.de. Die Grüne Akademie, www.gruene-akademie.de, und das Feministische Institut sind neue Arbeitsformen unter dem Dach der Stiftung, die vor allem unsere Kapazitäten als "Think Tank" zu Zukunftsfragen stärken sollen.

Das Feministische Institut ist als Teil eines internationalen Netzwerks für Frauenforschung und Frauenpolitik konzipiert. Mit dem virtuellen Ableger GLOW ist das Feministische Institut im Internet präsent und bietet dort eine Menge von Kontakten und Diskussionsforen an. Die Grüne Akademie, als ehrenamtliche "Mitglieder-Akademie" durch die konstituierende Mitgliederversammlung im Juni letzten Jahres nun fest installiert, bearbeitet die Themen "Europa 2010" und "Zukunftstechnologien" und plant dazu Veranstaltungen und Publikationen.

Erfreulicherweise konnte ein Mietvertrag für den neuen Standort des Archivs Grünes Gedächtnis in Berlin endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Damit wird der Umzug der "Stiftungsfamilie" nach Berlin abgeschlossen. Das Archiv bezieht sein neues Domizil in der Eldenaer Straße voraussichtlich in der Mitte nächsten Jahres.

Das wichtigste Projekt der Organisationsentwicklung in der Heinrich-Böll-Stiftung, die Einführung eines neuen Projektverwaltungsprogramms, ist in den letzten Monaten zügig vorangekommen und nun in eine entscheidende Phase getreten. Wir versprechen uns davon eine deutliche Vereinfachung der administrativen Abläufe und ein höheres Maß an Datentransparenz. Damit wird auch ein zeitnahes Controlling möglich. Eine entsprechende Rahmenbetriebsvereinbarung für IT-Systeme ist unterschrieben, mehrere Einzelbetriebsvereinbarungen werden bald folgen.

Im Haushaltsjahr 2000 ist das Gesamtbudget der politischen Stiftungen von erheblichen, überproportionalen Kürzungen im Bundeshaushalt betroffen. Da jedoch der Anteil der Heinrich-Böll-Stiftung an diesem Gesamtbudget gemäß dem vereinbarten Verteilungsschlüssel in dieser Legislaturperiode von 10% auf 11,66% ansteigt, können wir mit einem neuen Rekordhaushalt von ca. 70 Millionen DM rechnen. In den nächsten Jahren sind leicht zurückgehende Bundeszuschüsse zu erwarten. Die Stiftung hat sich in ihrer mittelfristigen Finanz- und Personalplanung darauf eingestellt. Gleichzeitig verstärken wir unsere Bemühungen zur Einwerbung von Drittmitteln und privaten Spenden. Mit Ablauf des Jahres 1999 waren 168 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (61 in Teilzeitstellen) bei der Bundesstiftung angestellt. Davon sind über 70% Frauen, und auch die 10%-Quote für Migrantinnen und Migranten ist übertroffen worden.

Zwar ist der Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung in den letzten Jahren im Gefolge der Fusion der Vorgängerstiftungen und des Umzugs nach Berlin geschrumpft, doch ist durch intensive Betreuung und die Wahl eines Koordinationsgremiums aus diesem Kreis die Bedeutung der Förderinnen und Förderer gewachsen. Mit den Mitteln des Förderkreises wird die Heinrich-Böll-Stiftung in die Lage versetzt, Einzelpersonen zu unterstützen und Projekte zu fördern, wo eine Unterstützung mit öffentlichen Mitteln versagt bleibt. So konnten zuletzt z.B. dem politisch bedrängten Menschenrechtsaktivisten Wassil Bykau aus Weißrußland geholfen und Ferienprojekte für Flüchtlingskinder aus Bosnien und Kosovo unterstützt werden. Mit Hilfe des Koordinationsgremiums will die Stiftung versuchen, neue Mitglieder für den Förderkreis zu gewinnen.

Unser besonderer Dank gilt den vielen Ehrenamtlichen der Stiftung, den Förderinnen und Förderern und den Freundinnen und Freunden von Bündnis 90/Die Grünen, die unsere Arbeit unterstützen und begleiten: ein Dankeschön für ihr Engagement und ihre Geduld, ihr Vertrauen und ihre Ermutigung.

Leider haben wir in den vergangenen Monaten gleich mehrmals Abschied von uns nahestehenden Personen nehmen müssen. Im Mai letzten Jahres starb der Schriftsteller Jürgen Fuchs. Er war lange Zeit als Ehrenamtlicher der Stiftung verbunden, einige Jahre gar als Vorstandsmitglied der alten Heinrich-Böll-Stiftung. Im Juni gedachten enge Freunde, die Stiftung und weitere Organisationen seiner Person in einer eindrucksvollen Veranstaltung in der Akademie der Künste. Im November starb unsere Kollegin Barbara van der Heyden. Sie war von Anfang an in der neuen Heinrich-Böll-Stiftung dabei und hat den Einzug in die Hakeschen Höfe vorbereitet. Später begann sie mit dem Aufbau einer Stiftungsbibliothek. Im Januar starb unsere Kollegin Gunda Werner. Sie war Mitbegründerin und leitende Mitarbeiterin der Frauen Anstiftung in Hamburg und hatte großen Anteil an der Integration der "Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie" in die neue Stiftung. Im vergangenen Monat Juni starb unser Kollege Rudi Wildenmann. Er hat sich als Osteuropa-Referent vor allem um die Förderung des ökologischen Landbaus in Mittelosteuropa verdient gemacht und war Mitglied des Aufsichtsrates der Stiftung. Allen Angehörigen der Verstorbenen gilt unser Mitgefühl.

Berlin, im Juli 2000

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks
Dr. Claudia Neusüß
Petra Streit

1. Nachhaltige Entwicklung und Internationale Umweltpolitik

Beyond Growth

Im September 1999 fand in Berlin eine internationale Konferenz unter dem Titel "Beyond Growth - Nachhaltige Entwicklung versus Wirtschaftswachstum?" statt. Mit dieser dreitägigen Veranstaltung knüpfte die Heinrich-Böll-Stiftung an bereits früher initiierte Projekte zum Thema "Wirtschaftswachstum" an, wie z. B. ein 1997 ausgerichteter Kongress "Wege aus der Wachstumsfalle" oder die Studie "Wirtschaft ohne Wachstumsstreben" (Wuppertal Institut 1999). Vorrangiges Ziel der jüngsten Konferenz war der fachliche Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über das Verhältnis von nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaftswachstum. Daneben sollte auch einer breiten interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben werden, sich einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion zu verschaffen. Über 450 Personen besuchten die Konferenz und verfolgten die Referate und Diskussionen der 40 internationalen und renommierten Expertinnen und Experten.

Bereits das Eröffnungsplenum war prominent besetzt. Herman E. Daly, einer der Gründerväter der "Ökologischen Ökonomie", forderte einen grundlegenden Perspektivenwandel der Ökonomie: Die Wirtschaft und damit auch deren Wachstumsbestrebungen müssten sich an den physischen Begrenzungen der Umwelt orientieren. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der Leiter des Wuppertal Instituts, ging stärker auf die Interventionsmöglichkeiten im nationalen Rahmen ein. Sabine O'Hara, ebenfalls eine renommierte Vertreterin der Ökologischen Ökonomie, beleuchtete mögliche Richtungsänderungen bei den grundlegenden, handlungsleitenden Werten der Gesellschaft, und Thilo Bode, der Direktor von Greenpeace International, referierte u. a. über den Veränderungsbedarf im politischen System. So wurde bereits im Eröffnungsplenum die gesamte Bandbreite des Themengebietes deutlich. Die jeweils anschließenden Diskussionsrunden verliefen lebhaft.

Am letzten Konferenztag stellte Klaus Töpfer in seinem Vortrag nochmals die Differenzen zur nachhaltigen Entwicklung zwischen den Perspektiven der reichen und der armen Länder in den Vordergrund. Auf dem Abschlussplenum war man sich darüber einig, dass man die Diskussion über Wirtschaftswachstum nur unter Einbettung in einen ökologischen Bezugsrahmen führen kann.

Die Konferenz fand in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, der Vereinigung für Ökologische Ökonomie, der European Society for Ecological Economics und der International Society for Ecological Economics statt.

Die Beiträge der Konferenz erscheinen als Sonderheft der Zeitschrift Politische Ökologie.

Der Dalai Lama zu Besuch in Deutschland

Knapp eine Woche war der Dalai Lama auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 1999 in Deutschland. Für einen Vormittag war der hohe Gast vom Dach der Welt unter die Dächer über Berlin gekommen: Zu einem Gespräch über "Tradition und Entwicklung" traf sich das geistliche Oberhaupt des tibetischen Buddhismus in der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung mit Heema Goonatilake, früher Professorin für Buddhismus und Pali in Sri Lanka und derzeit Vertreterin der Stiftung in Kambodscha, und Imam Halima Krausen, muslimische Theologin des Islamischen Zentrums in Hamburg.

Im Raum stand die Frage: Wie können religiöse Traditionen, wie kann Spiritualität überhaupt den Gedanken der Nachhaltigkeit befördern?

"Wie Bienen sollten wir uns verhalten, die von Blume zu Blume fliegen und Honig sammeln, doch weder die Blüten noch deren Duft oder Farbe ruinieren." Mit diesem Vergleich brachte Heema Goonatilake das buddhistische Verhältnis zur Natur auf den Punkt. Als sanfte Aneignung könne man diese Nutzung der Natur beschreiben, eine Nutzung, die dem Modell der Partnerschaft und nicht dem der Herrschaft folge. Nicht dass die Natur heilig wäre, sondern aus buddhistischer Sicht sind alle Lebewesen - Pflanzen, Tiere, Menschen - in Raum und Zeit voneinander abhängig, haben gleiche Rechte sowie die gemeinsame Pflicht, wechselseitig zur Existenz beizutragen.

Eine ähnliche Perspektive brachte Imam Halima Krausen ein, indem sie Verantwortung daraus ableitete, dass die menschliche und natürliche Welt ein vielfach proportioniertes Beziehungsgeflecht sei. Unverantwortlich handeln hieße daher, Beziehungsfäden zu zerreißen und lebenswichtige Kooperationen aufzukündigen. Letztendlich seien Naturgüter keine Ressourcen, sondern Interaktionspartner. Halima Krausen zitierte den Propheten Mohammed: "Verschwende nie Wasser, sogar wenn du an einem mächtigen Fluss stehst!"

Der Dalai Lama schließlich stellte vor allem den Gedanken der "Proportion" in den Vordergrund. Was den Herrschaftsanspruch der Wirtschaftsgesellschaft anbelangt, so gelte es den "Mittelweg" zu suchen. Darin läge der Weg für eine erfolgreiche Lebensführung an sich. Für den Einzelnen bedeute dies den klugen Gang zwischen Habsucht und Selbstaufopferung, für die Gesellschaft die Balance zwischen einer akkumulationswütigen und einer schenkenden Wirtschaft. Sharing und caring als menschliche Grundqualitäten, die zu vermehren das Ziel einer säkularen Ethik sei. Sie würden freilich nur gedeihen, wenn der Besitzindividualismus nicht überborde und das Geld- und Machtstreben kanalisiert bleibe - nicht weil es ruchlos wäre, sondern weil es sich, im Übermaß betrieben, als "selbstschädlich" herausstellte. Der Dalai Lama sprach zuletzt von zwei Quellen des menschlichen Glücks, dem physischen Komfort und der Stimmigkeit des Geistes. Wer seine Empfindsamkeit, sein Gemüt, seine Intelligenz vertiefen wolle, der wäre gut beraten, von seinen Habenswünschen Abstand zu nehmen. Das Gegenteil von Ethik sei schließlich nicht Bosheit, sondern Torheit - und diese Feststellung löste im Dalai Lama eine seiner ansteckenden Lachsalven aus.

Kulturelle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung in der Europäischen Kulturhauptstadt Weimar 1999

Mit dem Projekt "Kulturelle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung" war die Heinrich-Böll-Stiftung bereits in den vergangenen Jahren in Weimar aktiv. Im Kulturstadtjahr 1999 lag der Schwerpunkt auf den Themen "Ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit" sowie "Kultur des Friedens". Außerdem war die Heinrich-Böll-Stiftung an fünf internationalen Jugendbegegnungen (im Projekt "Klara 2000") beteiligt, bei denen sich Jugendliche aus 20 (vor allem osteuropäischen) Ländern mit Zukunftsthemen beschäftigten.

Aus der Vielzahl der Veranstaltungen ist besonders die Reihe "Salon der Visionen" zu erwähnen. Mit drei Veranstaltungen zum Thema "Zukunftsfähige Lebensstile" wurde die Reihe in der Weimarer ACC-Galerie fortgeführt. Die Salons, die einen kommunikativen und kunsthaltigen Rahmen für Diskussionen zu unterschiedlichen Themen boten, haben sich inzwischen als relativ neue Form politischer Bildung in der Heinrich-Böll-Stiftung etabliert. Das Weimarer Salon-Projekt stand Pate bei der Konzeption einer Reihe politischer Klubs in den Landesbildungswerken Ost der Heinrich-Böll-Stiftung, die im Frühjahr 2000 beginnen.

Besonders erwähnenswert ist auch die Tagung "Spiritualität und zukunftsfähiger Lebensstil". In Fortsetzung eines 1998 begonnenen interreligiösen Gesprächs diskutierten vom 8. bis 11. Juli Vertreterinnen und Vertreter der großen Religionen (Christentum, Islam und Buddhismus), des neuen religiösen Suchens sowie konfessionell Ungebundene anhand von Beispielen aus dem Alltag, welche Rolle die Spiritualität auf dem Weg zu nachhaltigen Lebens-

weisen spielen kann. Dabei stand auch das aktive Kennenlernen verschiedener religiöser und spiritueller Praktiken auf dem Programm.

Vor dem Hintergrund aktueller Konflikte beschäftigte sich die Tagung "Schutz und Anerkennung der Deserteure" im Mai 1999 mit der Problematik der Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Geschichte und Gegenwart. Dabei spielte vor allem die Frage der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Jugoslawien eine zentrale Rolle. Die Tagung nutzte zugleich die (vielleicht letzte) Gelegenheit, Wehrmachtsdeserteure mit einem Gedenkstein in Buchenwald öffentlich zu ehren.

Im Dezember 1999 wurde das Weimarer Projektbüro geschlossen; das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Heinrich-Böll-Stiftung völlig aus Weimar zurückziehen wird. In Fortsetzung bisheriger Aktivitäten werden im Jahr 2000 u. a. folgende Veranstaltungen stattfinden:

Fortsetzung der Reihe "Salon der Visionen" (gemeinsam mit dem Weimarer Lokalradio im zweimonatigen Turnus), im August: Weimarer Sommerkurse "Zukunftsfähiges Europa", Ende September: Tagung "Die zukunftsfähige Stadt"

Genauere Informationen zu Inhalt, Programmablauf sowie Anmeldung für die Weimarer Sommerkurse sind im Internet unter www.weimar-boell.de nachzulesen.

Transatlantic Environmental Exchange Program Ökologischer Transatlantischer Austausch 1998-1999

Eine Vision vom Leben in der Stadt muss entwickelt bzw. lebendig gehalten werden, darin waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Transatlantic Environmental Exchange Program einig. Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte von Juli 1998 bis Oktober 1999 eine deutsch-amerikanische Expertengruppe zu einem interregionalen Erfahrungsaustausch in vier verschiedene Regionen Deutschlands und der USA eingeladen. In Zusammenarbeit mit dem Centre for Clean Air Policy aus Washington wurden anhand von praktischen Beispielen die Probleme und Erfolge ökologischer Stadtentwicklung, z. B. bei der Sanierung von Industriebrachflächen, und der Regionalplanung einander vorgestellt und diskutiert. Ziel des Projekts war es, einen Anstoß zum Aufbau eines interregionalen Umweltnetzwerkes zu geben. Die Projektgruppe setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaft zusammen. Prominentestes Mitglied der US-amerikanischen Delegation war Jane Nishida, Umweltministerin aus Maryland.

Das erste Treffen fand im Sommer 1998 in Maurach am Bodensee zum Thema "Produktion und Vermarktung ökologisch-biologisch angebaute Lebensmittel" statt. Schon bei dieser Begegnung zeigte sich, dass Umweltschutz immer ein Querschnittsthema ist: Nahrungsmittelanbau hat Auswirkungen auf die Boden- und Wasserqualität, auf den Tourismus und damit auf die Wirtschaft, auf Gesundheit, Tradition und ländliche Kultur, auf Ernährungsgewohnheiten und Lebensstil.

Die zweite Exkursion führte im Oktober 1998 an die Ostküste der USA, in die Hafenstadt Baltimore. Hier wurden die Beobachtungen der ersten Begegnung bestätigt: Umweltschutz ist nicht nur Naturschutz, sondern auch Kulturschutz. Beispielhafte Stadtprojekte im Bereich der Altlastensanierung wie die Can Factory, eine zur Business- und Wohnanlage umgebaute ehemalige Dosenfabrik, sowie das sanierte Hafenbecken der Stadt, inzwischen ein beliebtes Ausflugsziel, zeigten die zentrale politische Bedeutung ressortübergreifender Arbeit.

Im Sommer 1999 ging es dann in das Dreiländereck Dessau - Wittenberg - Leipzig. Mit Unterstützung der Expo-2000-Region Sachsen-Anhalt besichtigte die Projektgruppe exemplarische Orte der Restrukturierung ostdeutscher Industrielandschaften, in denen die weitverbreiteten Probleme der Siedlungsentwicklung - die Stadtlandschaften breiten sich weiter aus, der soziale Sprengstoff nimmt zu, die Bürger sind mit ihrem Lebensumfeld unzufrieden - ge-

löst werden sollen. So konnten z. B. die im Umbau zum Wohn- und Arbeitszentrum befindlichen Buntgarnwerke in Plagwitz und Leipzig sowie andere innovative Ideen begutachtet und geprüft werden.

In die Twin Cities, die Zwillingsstädte Minneapolis/St. Paul, führte die vierte Reise im Herbst 1999. Auf einer Fahrt durch unendliche Flächen mit identischen Fertighäusern erläuterten Lorry Lauder vom St. Paul Port Authority und Lee Ronning der 1000 Freunde Minnesotas das Ziel der Politik gegen den Flächenfraß: Wichtige Landwirtschaftsgebiete sollen in Zukunft geschützt und die Innenstädte revitalisiert, Gewerbegebiete ausgewiesen und eine Landreserve für die städtische Entwicklung nach 2020 geschaffen werden.

Die mannigfaltigen Eindrücke aus vier verschiedenen Regionen ließen jede Menge Fragen aufkommen. Als starker Kontrast wurde die ausgeprägte Konsumkultur der USA und deren positive Bewertung öffentlicher Güter im Gegensatz zu der Wertschätzung des eher Privaten im europäischen Wertesystem empfunden. Für die deutsche Delegation war besonders der Ideenreichtum und das persönliche wie wirtschaftliche Interesse amerikanischer Investoren bei der nicht ganz risikofreien Entwicklung ökologischer Stadtplanung beeindruckend.

Das im Sommer 2000 erscheinende deutsch-englische Infoheft wendet sich mit praktischen Beispielen und Hinweisen sowie vielen nützlichen Adressen an Interessierte im Bereich der Stadt- und Regionalplanung.

Energie- und Ökosteuern in der EU

Im Dezember 1999 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Friends of the Earth Europe und den europäischen Gewerkschaften (ETUC) eine Konferenz zum Thema "Energie- und Ökosteuern in der EU" in Brüssel. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener EU-Staaten, der Europäischen Kommission, des Rates und des Parlamentes sowie der europäischen Umweltverbände und Gewerkschaften diskutierten die Perspektiven der Einführung und Angleichung von Energiesteuern innerhalb der EU, insbesondere den sogenannten "Monti-Vorschlag" zur Mindestbesteuerung von Energieprodukten. Die Konferenz zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der Länder den Vorschlag unterstützen, lediglich Spanien und Irland blockierten die Gespräche bereits vorab, indem sie keine Regierungsvertreter entsandten. Der von der EU-Kommission vorgelegte "Monti-Vorschlag" wurde am 13. April vom Europäischen Parlament befürwortet und wird derzeit im Europäischen Rat verhandelt. Eine umfangreiche Dokumentation der Konferenz (Proceedings of the Conference Energy Taxes in the EU) steht im Internet unter www.boell.de ("Themen") zur Verfügung.

Wirtschaft ohne Wachstumsstreben - Chaos oder Chance?

Am Ende dieses Jahrhunderts ist "Sustainable Development", also eine nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung, weitgehend als Ziel der Umwelt- und Entwicklungspolitik und darüber hinaus akzeptiert. Allerdings droht dieses Ziel um so unverbindlicher zu werden, je breiter seine verbale Akzeptanz wird. Gleichzeitig bleibt Wirtschaftswachstum zentrales Ziel und scheinbar unverzichtbare Grundlage aller Politik. Dies gilt auch für die rot-grüne Bundesregierung.

Auch die Auseinandersetzung um angebots- oder nachfrageorientierte Politikansätze dreht sich nur um die geeignetsten Mittel zur Förderung von Wachstum. Als Zaubermittel, um Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang zu bringen, gilt die Steigerung der Ressourcen-Effizienz. Aber je höher die Wachstumsraten, desto massivere Effizienzgewinne sind notwendig, um auch nur das aktuelle, im globalen Maßstab viel zu hohe Belastungsniveau zu stabilisieren.

Dieses Dilemma war Anlass für die Heinrich-Böll-Stiftung, die gesellschaftliche Diskussion um die "Grenzen des Wachstums" weiter voranzutreiben. Der Kongress "Wege aus der Wachstumsfalle" im Mai 1997 markierte den Beginn. Fortgeführt wurde die Debatte im September 1999 in Berlin auf der internationalen Konferenz "Beyond Growth". Die Studie "Wirtschaft ohne Wachstumsstreben" ist nun ein weiterer Schritt: In einem großen Abriss zeigt sie, dass Wirtschaftswachstum Ergebnis eines historischen Prozesses und kein Naturgesetz ist. In einem zweiten Teil werden dann die Unternehmen als Keimzelle des Wachstums in den Blick genommen. Im Schlusskapitel erörtern die Autoren die Möglichkeiten und Chancen eines anderen, bewahrenden Wachstums. Wir dokumentieren hier die Thesen des Autorenteamteams Liesbeth Bakker, Reinhard Loske und Gerhard Scherhorn:

Wirtschaft ohne Wachstumsstreben - Chaos oder Chance? Sieben Thesen

"Wirtschaft ohne Wachstumsstreben" heißt nicht Wirtschaft ohne Wachstum, sondern Wirtschaften ohne das fossile Ausbeutungsmodell, ohne das verschwenderische Wachstum der Stoffdurchsätze, des Flächenverbrauchs und der Emissionen. Dieses Wachstum ist mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit nicht vereinbar. Die Wirtschaft entwickelt sich nur dann in Richtung auf Nachhaltigkeit, wenn sie fortlaufend weniger Kosten auf die Allgemeinheit abwälzt. Das erfordert radikale Innovationen.

Auch eine nachhaltige Wirtschaft kann wachsen. Was in ihr nicht wächst, ist der Verzehr nichterneuerbarer Ressourcen (Luft, Wasser, Boden, Rohstoffe, Energiequellen), denn die werden zusehends weniger in Anspruch genommen bzw. nach Inanspruchnahme in den Kreislauf zurückgeführt. Also wird auch der Strom der materiellen Güter nicht mehr im bisherigen Maße anschwellen. Aber der Wert der Leistungen kann wachsen, weil in sie mehr Wissen, mehr Information und mehr Dienstleistung eingehen, und in gewissem Umfang kann - durch effizientere Nutzung der begrenzten Kapazität an Stoffen und Menschen - auch die Menge der Dienstleistungen wachsen.

Das heutige Wachstum ist eine schwer entwirrbare Mischung aus dem Mehreinsatz zukunftsgerichteter Technologien (digitale Datenverarbeitung, Telekommunikation, umweltschonende Produktionsweisen, Kombination formeller und informeller Arbeit) und der rückwärtsgewandten Intensivierung überholter Technologien. Die letztere ergibt sich nicht nur aus dem Festhalten am Durchlaufdenken, sondern auch aus einem Widerstand gegen den sektoralen Strukturwandel. Nach dem landwirtschaftlichen Sektor ist heute der industrielle Sektor an der Reihe, an expansiver Kraft zu verlieren und der Entwicklung im Bereich der Dienstleistungen Raum zu geben. Um die nachteiligen Wirkungen für den zurückbleibenden Sektor abzumildern, geht es nach der Industrialisierung der Agrarproduktion jetzt um eine Tertiarisierung der industriellen Produktion. Diese sollte sorgsam reflektiert und gefördert werden, damit nicht nur der Fehler der europäischen Agrarpolitik vermieden, sondern auch ein neuer Fehler minimiert wird. Er resultiert daraus, dass die Industrie sich gegen die Verringerung ihres bisherigen Wachstums wehrt, statt die neuen Chancen zu erkennen und zu nutzen. Deshalb ist der Übergang von der Durchlaufwirtschaft zur Öko-Effizienz durch ein Nebeneinander von ökologischen Verbesserungen einerseits und Ressourcenverschwendung andererseits gekennzeichnet, so dass der positive Effekt der Verbesserung durch Mehrverbrauch wieder zunichtegemacht wird.

Bei umfassend nachhaltigem Wirtschaften wird dieser Widerspruch verschwinden. Das dann mögliche Wachstum ist überwiegend qualitativer Art. In quantitativer Hinsicht dürfte es geringer sein als das heutige, weil die Wirtschaft auf den Teil des Wachstums verzichtet, den sie heute aus der Abwälzung der externen Kosten auf die Umwelt, die Mitwelt und die Nachwelt bezieht. Sicher bringt die Umstellung vom naturverschwendenden zum naturgemäßen Wirtschaften Probleme mit sich, aber wenn sie schrittweise erfolgt und die Unternehmen zur Anpassung bereit sind, muss sie nicht zu Wirtschaftskrisen führen. Die Bereitschaft zur Anpassung wird freilich durch die unkontrollierte Geldexpansion auf den internationalen Finanz-

märkten erschwert. Eine wirksame Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs ist deshalb unerlässlich. Sie wäre übrigens auch bei Beibehaltung der fossilen Durchlaufwirtschaft notwendig; denn die exponentielle Ausdehnung der Geldvermögen würde früher zum Zusammenbruch führen als die Umweltzerstörung.

Bei den Unternehmen und bei den Regierungen liegt der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum. Denn die Unternehmen müssen in einer Zeit, in der auch noch mit rückwärtsgegangenen Verfahren Gewinne möglich sind, die Weichen in die Zukunft stellen. Investitionen in nachhaltige Technologie sind gewinnbringend, wenn sie dem eigenen Interesse der Unternehmen entspringen, das sich aber erst einmal neu orientieren muss. Die Neuorientierung darf vom Staat nicht behindert werden, indem er an überholten Strukturen - Preisen, Institutionen - festhält, die das Verhalten in die falsche Richtung lenken. Das würde allgemein sichtbar und glaubhaft gemacht, wenn das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz durch Qualifizierung des Wachstumsziels ("Wachstum bei nachhaltigem Wirtschaften"), Änderung des Beschäftigungsziels ("Vollbeschäftigung bei Verringerung der Arbeitszeiten") und Neuaufnahme des Verteilungsziels ("Erhöhung der Chancengleichheit und Verminderung der Einkommensungleichverteilung") erneuert würde. Das Wachstumsziel wird dann durch die Notwendigkeit der Ressourcenschonung begrenzt. Das Beschäftigungsziel wird von der Vollzeitarbeit gelöst und am Zeitwohlstand orientiert. Das Verteilungsziel schließt ein, dass die Unternehmen Verantwortung für ihre Absatzregionen übernehmen, damit der Export von Arbeitsplätzen vermieden wird. Und es schließt ein, dass sie Verständnis für eine wirksame internationale Kontrolle der Finanzmärkte aufbringen, die die explosive Vermehrung der Geldvermögen begrenzt und die Wirtschaftstätigkeit wieder mehr an der realen Produktion orientiert.

Die Nachteile der Durchlaufwirtschaft werden selbst in den "wachstumsorientierten" Unternehmen empfunden, die heute noch in der Mehrheit sind. Doch werden sie dort nicht entscheidungsrelevant, weil das Bewusstsein fehlt oder verdrängt wird, dass ein nicht geringer Teil der bisherigen Umsätze und Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit erwirtschaftet wird. Ein Diskurs über nachhaltiges Wirtschaften müsste hier ansetzen, aber nicht um Schuld zuzuschreiben, sondern um die Chancen zu diskutieren, die in der Umstellung auf qualitatives Wachstum liegen - selbst dann, wenn diese im sogenannten Alleingang erfolgt. Es braucht heute kein Alleingang mehr zu sein; die Zahl der aufgeklärten Unternehmen ist beträchtlich angestiegen. Aber noch stehen allzu viele abseits. Offenbar lässt die Gesellschaft sie nicht spüren, dass sie von ihnen den Mut zu nachhaltigem Wirtschaften erwartet. Dabei ist das eigene Image heute für jedes Unternehmen die Stelle, an der es eng mit der Öffentlichkeit verbunden und von ihr abhängig ist.

Die unternehmerische Einstellung, die für bewahrendes Wachstum erforderlich ist, haben wir bei den "wachstumsneutralen" Unternehmen gefunden. Sie betrachtet das Unternehmenswachstum als Ergebnis, nicht als Ziel; und sie bewertet es negativ, wenn es nur durch Beeinträchtigung wichtiger Ziele wie Produktqualität, Leistungsqualität, Umweltschonung, produktives Betriebsklima erreicht werden kann. Die wachstumsneutralen Unternehmen haben erkannt, dass "Wachstum als Ziel" mit diesen Zielen im Konflikt steht und dass diese Ziele wichtiger sind. In diesem Sinne kann man das Leitbild des zukunftsfähigen Unternehmens in einer auf die Produktion für den Gebrauch gerichteten, natur- und sozialverträglichen Innovationsbereitschaft sehen. Vieles hängt davon ab, ob den wachstumsorientierten Unternehmen vermittelt werden kann, dass dieses Leitbild gesellschaftlich erwünscht und ökonomisch erfolgreich ist. Der vollständige Bericht ist auf der Homepage der Stiftung www.boell.de zu finden. Die Druckfassung ist leider schon vergriffen.

"Breaking the impasse" - den Stillstand bei den Klimaverhandlungen überwinden!

Wer den Fortgang der Verhandlungen zum Schutz des Weltklimas verfolgt, stellt unweigerlich fest, dass sich seit dem Durchbruch zum "Kyoto-Protokoll" von 1997 nicht mehr viel be-

weg hat. In diesem Protokoll zur Klimarahmenkonvention vereinbarten die Industriestaaten bindende Emissionsreduktionen bis zu den Jahren 2008-2012. Seither stecken die Verhandlungen in einer Sackgasse: Zum einen wurden durch die im Protokoll vereinbarten sogenannten "flexiblen Mechanismen" eine Vielzahl von Ausgestaltungsfragen aufgeworfen, deren Lösung weitgehend über die ökologische Effektivität und die ökonomischen Kosten der Umsetzung des Protokolls entscheiden wird. Zum anderen hat der US-Senat, der einer Ratifizierung mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmen muss, die Einbeziehung von "Schlüssel-Entwicklungsländern" in die Emissionsreduktionen gefordert. Eine Ratifizierung des Protokolls durch die USA scheint damit in weite Ferne gerückt.

Wie weiter? Ein von der Heinrich-Böll-Stiftung publiziertes Policy Paper von Hermann Ott (Wuppertal Institut) und Sebastian Oberthür (Ecologic) fordert die EU auf, nun eine Führungsrolle zu übernehmen. Die vorgeschlagene Initiative hat drei Elemente:

- Eine mit Japan, Rußland und den mittel- und osteuropäischen Staaten abgestimmte frühe Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, notfalls auch ohne die USA.
- Eigene glaubwürdige Schritte im Bereich der Reduktion von Treibhausgasen.
- Neue Maßnahmen, um die Teilnahme der Entwicklungsländer am Konventionsprozess sicherzustellen.

Das Papier wurde auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention Ende Oktober 1999 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt und anschließend in mehreren Veranstaltungen in Washington, Brüssel und Berlin diskutiert. Das Papier scheint einen Nerv getroffen zu haben: Die erste Auflage war bald vergriffen, und auch der Nachdruck ist nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden. Eine japanische Ausgabe ist ebenfalls erschienen.

Das in der Reihe Documentations and Reports auf englisch erschienene Policy Paper und die Dokumentation der erwähnten Washingtoner Veranstaltung stehen unter www.boell.de ("Themen") zum Download bereit.

2. Zukunft der Arbeit und des Sozialen

Deregulierte Arbeit – Von Tagelöhnern und Selbstunternehmerinnen

3. Konferenz in der Reihe "Zukunft der Arbeit"

Die klassische Erwerbsbiographie wird bald wohl ein Relikt sein. Durch die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt müssen immer mehr Menschen Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der verkürzten Beschäftigung in Kauf nehmen. Die Konferenz "Deregulierte Arbeit - Von Tagelöhnern und Selbstunternehmerinnen", die im Rahmen der Reihe Zukunft der Arbeit im Dezember 1999 in Berlin stattfand, beschäftigte sich daher eingehend mit der Frage, wie den neuen Herausforderungen der Arbeitsmarktentwicklung zu begegnen ist.

Die rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft versuchten für die verschiedenen Problemlagen der Beschäftigten je nach Qualifikation, Branche, Geschlecht und Ethnie den optimalen Mix aus Notwendigkeiten der Regulation und Chancen der Deregulation zu entwickeln. Es wurde deutlich, dass sich angesichts der Auflösung des - vor allem männlichen - Normalarbeitsverhältnisses die Frage nach einer garantierten sozialen Grundsicherung sowohl für die Zeiten der Beschäftigung als auch der Nacherwerbsphase stellen muss. Aber diesen sozialen Schutz zu verteidigen bzw. auszuweiten genüge nicht, so der allgemeine Tenor: So wichtig Strategien zugunsten des männlichen Normalarbeitsverhältnisses auch seien, sie würden immer auch stillschweigende Tolerierung von Ausgrenzungen bzw. eine Vernachlässigung aller anderen Beschäftigungsformen bedeuten. Die vorrangige Aufgabe bestehe darin, die Chancen und Innovationspotentiale neuer Beschäftigungsformen in einer individualisierten Gesellschaft wahrzunehmen und für deren flexible Ausgestaltung und soziale Absicherung zu sorgen.

Als weiterer Aspekt der Gesellschafts- und Arbeitsmarktpolitik wurde die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland hervorgehoben. Mit den Folgen und Chancen dieser Situation beschäftigt sich die Konferenz Zukunft der Arbeit IV. Sie wird im November 2000 in Berlin stattfinden.

Ein Reader der Tagung "Deregulierte Arbeit- Von Tagelöhnern und Selbstunternehmerinnen" ist zu beziehen über Ute Brümmer, Referentin Für Arbeit und Soziales: Bruemmer@boell.de.

Dritter Sektor im Aufwind

Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung u. a.

Den Auftakt zur Veranstaltungsreihe "Dritter Sektor im Aufwind" machte die Konferenz "Neue Arbeitsplätze im Dritten Sektor - Die gemeinnützige Wirtschaft in Europa" vom 3. bis 4. September 1999 in Berlin. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erörterten - aus durchaus divergierenden Blickwinkeln und Interessenslagen heraus - die Bedingungen für mehr Beschäftigung im Dritten Sektor (Selbsthilfegruppen, Beschäftigungsgesellschaften, Wohlfahrtspflege etc.), sie beschrieben sowohl die Innovationen wie auch die Hemmnisse auf dem Weg zu mehr Arbeitsplätzen. Ein Tag der Konferenz diente dem europäischen Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, über bestehende Differenzen hinaus die verschiedenen Ansätze zu bündeln, um eine gemeinsame politische Strategie Für die Stärkung des Dritten Sektors zu verfolgen.

Dass dieses Anliegen gelang, zeigt ein gemeinsam verfasstes Memorandum. Darin heißt es u.a.: "Es Müssen spezifisch auf die Bedürfnisse des Dritten Sektors zugeschnittene Möglichkeiten der Qualifikation und Weiterbildung, bspw. Studiengänge Für Sozial- und Kulturmanagement, geschaffen werden. Eine solche bildungspolitische Offensive für den Dritten Sektor

würde das Leistungsniveau des Dritten Sektors weiter stärken und zukünftige Beschäftigung stimulieren."

Eine Dokumentation der Veranstaltung wird im Programm der Bertelsmann-Stiftung erscheinen. Darin werden sowohl Konferenzbeiträge als auch ergänzende Aufsätze zum Thema "Organisation von Gemeinwohl" zu finden sein.

Im Rahmen einer Tagung präsentierte die Heinrich-Böll-Stiftung am 8. September 1999 in Berlin die Forschungsergebnisse der Johns-Hopkins-Studie zum Dritten Sektor. Die international vergleichende Studie ist eine wichtige Informationsquelle zur Entwicklung des Dritten Sektors. Unter der Leitung von Lester M. Salamon, Johns Hopkins Universität, Baltimore/USA, und Helmut K. Anheier, London School of Economics, wurden in mehr als 30 Ländern die jeweiligen Entwicklungstendenzen analysiert. Für 22 Länder liegt nun ein erster international vergleichender Abschlußbericht vor. Die Professoren Helmut Anheier und Annette Zimmer, Universität Münster, zuständig für den deutschen Projektbeitrag, gaben einem interessierten Fachpublikum einen Forschungsüberblick mit besonderem Schwerpunkt auf Deutschland. Festgestellt wurde: Der Dritte Sektor befindet sich international im Aufwind. Die Gesamtheit der gemeinnützigen Vereine und Organisationen bildet in vielen Ländern bereits einen Sektor, der mehr Menschen Beschäftigt als große Industriebranchen. Zwischen den Polen einer Dominanz des Staates einerseits und einer Dominanz des Marktes andererseits wächst also der Beitrag, den der Dritte Sektor zur effizienten Bereitstellung öffentlicher Güter leistet. In den Organisationen des Dritten Sektors übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für das Gemeinwesen, partizipieren am gesellschaftlichen Leben und nehmen Gelegenheiten wahr, mit bürgerschaftlichem Engagement zur Gestaltung des öffentlichen Lebens beizutragen.

Das Brüsseler Büro der Heinrich-Böll-Stiftung stellte ca. einen Monat später die Ergebnisse der Studie in der belgischen Hauptstadt vor.

Erfolgreich in die Chefetagen – Anforderungen an ein Gleichstellungsgesetz Für die Privatwirtschaft Eine Tagung in Bonn

Seit Jahren laufen die Bemühungen um ein Gleichstellungsgesetz, damit die beruflichen Chancen von Frauen in der Privatwirtschaft nachhaltig verbessert werden können. Gleichzeitig wird diskutiert, ob die Förderung von Frauen einen gesetzlichen Rahmen überhaupt benötigte. Immerhin wäre es doch auch denkbar, dass Unternehmen freiwillig - ohne gesetzliche Sanktionen - mehr Frauen den Zugang zu gut bezahlten Arbeitsplätzen ermöglichen. Durch die neue Bundesregierung ist das Gleichstellungsgesetz nun in greifbare Nähe gerückt. Die Heinrich-Böll-Stiftung gab daher auf der Tagung am 2. Juli 1999 in Bonn Expertinnen und Experten die Gelegenheit, die unterschiedlichen Positionen zu diskutieren.

Die drei Foren "Freiwilligkeit oder verbindliches Reglement - Eckpunkte Für ein Gleichberechtigungsgesetz in der Privatwirtschaft", "Welche Rechte Für die Frauenbeauftragten?" und "Frauenförderung durch öffentliche Auftragsvergabe oder als freiwillige Aktion der Unternehmen?" bildeten den Kern der Veranstaltung.

Auch wenn sich eine breite Zustimmung Für den von Heide Pfau vorgestellten Weg der Softlaws - positive Anreize mit einer geringen Regelungsdichte - fand, so wurden doch Mindestrechte Für Frauenbeauftragte, Gleichstellungspläne, die Bindung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Gleichstellungskriterien und auch Sanktionsinstrumente als unverzichtbar angesehen. Ein Weg der völligen Freiwilligkeit, vorgeschlagen von der Referentin für Chancengleichheit der Lufthansa, Monika Rühl, wurde von der großen Mehrheit der anwesenden Frauen als zu wenig erfolgversprechend abgelehnt. Sie sahen vielmehr einen dringenden Handlungsbedarf Für einen gesetzlichen Rahmen in der Privatwirtschaft.

Auf der Suche nach neuen Wegen - Alter(n) und Gesellschaft

Viertes Sozialpolitisches Fachgespräch

Das Gleichgewicht zwischen Leistungsempfängern und Beitragszahlern der Rentenversicherung hat sich grundlegend verschoben. Immer weniger Erwerbstätige stehen einem wachsenden Anteil an "Alten" gegenüber. Hinzu kommt die langsame Auflösung des Männlichen Normalarbeitsverhältnisses, das bislang die Bezugsnorm darstellte. Vor diesem Hintergrund muss die Diskussion um den Wohlfahrtspluralismus - Sozialstaat, Privatwirtschaft, Wohlfahrtsverbände, private Netzwerke - neu geführt werden. Insbesondere die geschlechtsspezifische Verteilung der Arbeit als auch der Wandel im Geschlechterverhältnis muss miteinbezogen werden. Wie kann auch für die zukünftige Generation eine nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlage erreicht werden? Welche neuen Überlegungen gibt es, die auf solidarischer Grundlage an den differenzierten Lebens- und auch Bedürfnislagen ansetzen?

Um diese Fragen zu erörtern und entsprechende Lösungsansätze heraus zu arbeiten, veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung am 14. Juli 1999 das 4. Sozialpolitische Fachgespräch. Der Begriff der "Generationengerechtigkeit" stellte sich dabei als zentraler Bezugspunkt dieser eintägigen Veranstaltung heraus. Exemplarisch wurde ein Dialog der Generationen organisiert: Er verdeutlichte die Konfliktlinien, die im Gebrauch dieses Wortes nicht unbedingt sofort erkennbar sind. Dass ein Umbau des sozialen Sicherungssystems für die Nacherwerbsphase dringend geboten ist, war zwar unumstritten, doch dürfe man über den Formulierungen normativer Gerechtigkeitsvorstellungen für eine unbekanntere Zukunft nicht die Konflikte der Gegenwart vernachlässigen.

Ein Reader der Tagung ist zu beziehen über Ute Brümmer, Referentin für Arbeit und Soziales: Bruemmer@boell.de.

Wertewandel der Arbeit

Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Gibt es einen Wertewandel der Arbeit? Oder kann man wenigstens von einem strukturellen Wandel in der Arbeitswelt sprechen? Diese Fragen lösten einige kontroverse Diskussionen auf der Tagung "Wertewandel der Arbeit" im Oktober 1999 in Rostock aus. Karl-Otto Hondrich, Soziologieprofessor aus Frankfurt am Main, bezweifelte die Richtigkeit aller diesbezüglichen Schlagworte: "Ende der Arbeitsgesellschaft", "Verfall der Leistungsgesellschaft", "Krise des Sozialstaates" oder "Macht der Globalisierung". Allerdings erntete er damit bei anderen Teilnehmern gerade angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und des radikalen Umbruchs der Arbeitsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern einigen Widerspruch.

Heiner Hastedt, Philosophieprofessor aus Rostock, beschrieb die tiefgreifenden Veränderungen der Arbeit, wie sich ihr Stellenwert und ihre Bedeutung seit der Antike fundamental gewandelt haben; lediglich in der Moderne komme dem Faktor Arbeit solch zentrale Bedeutung zu. Hastedt plädierte dafür, sowohl den individuellen Lebenssinn als auch die soziale Gerechtigkeit von der Erwerbstätigkeit abzukoppeln.

Die meisten Redebeiträge widmeten sich jedoch der Zukunft der Arbeit. Gabriela Simon von der DGB-Zentrale in Berlin lobte die Entwicklung in Dänemark, wo es mit neuen Ideen gelang, Arbeitsplätze zu schaffen ohne Wohlstand und soziale Sicherheit zu reduzieren. Andere Beiträge lenkten die Aufmerksamkeit auf zwei Berufsfelder, die für die weitere Entwicklung maßgebend sein könnten: das Handwerk und die sozialen Dienstleistungen.

Thomas Gesterkamp, Journalist aus Köln, befürwortete eine neue "Arbeitshaltung" und appellierte vor allem an die Männer, ihre Einstellung zur Arbeit zu revidieren, da beruflicher Erfolg und ein hoher Konsumstandard keineswegs zu einem glücklichen Leben führten.

Der Wandel, der sich vollzogen haben soll, und die Werte, an denen man sich orientieren könnte, blieben auf der Tagung, die in Zusammenarbeit mit der Universität Rostock durchgeführt wurde, umstritten.

www.boell.de 2/1999

Die Zukunft der Arbeit war auch Thema des zweiten Heftes des Stiftungsmagazins www.boell.de. Neben einem Portrait der neuen Referentin Für Arbeit und Soziales, Ute Brümmer, bietet das Heft vor allem Beiträge Über den "Non-Profit-Bereich". So wirft z. B. Hannes Koch einen kritischen Blick auf den rasant anwachsenden Dritten Sektor und dessen Möglichkeiten als Ergänzung der herrschenden Ökonomie. Birgit Pfau-Effinger und Herbert Effinger beschäftigen sich mit dem traditionellen Ehrenamt und seiner heutigen Bedeutung im Blick auf den tiefgreifenden Wandel auf dem Arbeitsmarkt. Carola von Braun nennt einige konkrete Umsetzungsvorschläge Für die Weiterentwicklung einer Tätigkeitsgesellschaft. Ein Artikel von Thea Dücker legt die Anforderungen an das Bündnis Für Arbeit aus grüner Sicht dar, und Sabine Keller berichtet von einer Anhörung im Rahmen des Gegengipfels zum G8-Treffen in Köln "Frauen auf Abruf - Call Girls des Globalen Marktes" über Arbeits- und Lebenssituationen von fünf Frauen aus verschiedenen Ländern. Das Heft ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich.

3. Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik

Die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung

Ein wesentliches Leitbild und gesellschaftspolitisches Ziel der Bildungs- und Projektarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Verwirklichung von "Geschlechterdemokratie". Hinter diesem Begriff verbirgt sich: die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und der Abbau des hierarchischen Geschlechterverhältnisses. "Geschlechterdemokratie" wird als politisches Konzept diskutiert, weiterentwickelt und soll der Debatte um soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe neue Impulse geben.

In einem kontinuierlichen Veränderungsprozess soll dieses Leitbild als selbstverständlicher Bestandteil in die tägliche Arbeit der Stiftung einfließen. Um jedoch Veränderungen umsetzen zu können, bedarf es eigener, an die jeweilige Situation und Organisation angepasster Konzepte der Organisations- bzw. Personalentwicklung.

Eines der Aktionsfelder, auf dem die Stiftung diesbezüglich intensive Erfahrungen sammeln konnte, war die Konzeption und Durchführung von Gendertrainings. Ausgehend von Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit, entwickelten Angelika Blickhäuser und Henning von Bergen ein auf die Heinrich-Böll-Stiftung zugeschnittenes Konzept und führten 1999 insgesamt zehn Trainings durch.

Mit Gendertrainings soll das Wissen um die Bedeutung von Geschlechterfragen und deren gesellschaftspolitischen Auswirkungen auf der beruflichen Ebene vertieft und eine sogenannte Gender-Kompetenz entwickelt werden. Gendertrainings sind kein neues Frauenförderkonzept, sondern Programme, die sich an Männer wie Frauen richten. Sie verfolgen das Ziel, den Dialog zwischen den Geschlechtern neu zu gestalten bzw. überhaupt erst ein Bewusstsein für Geschlechterfragen zu schaffen. Dabei wird vorausgesetzt, dass Männer und Frauen gleichermaßen für die Schaffung gleichberechtigter Lebens- und Arbeitsbedingungen verantwortlich sind.

Durch die Eröffnung eines konstruktiven Dialogs, der Frauenförderkonzepte nicht ausschließt, sich aber nicht darauf beschränkt, sollen neue Wege des gemeinsamen Arbeitens besprochen werden. Die Trainingsabläufe sind bewusst offen und prozesshaft gehalten.

Inzwischen liegt eine umfangreiche Auswertung der 1999 durchgeführten Trainings vor, weitere sind in Planung. Sie sollen innerhalb der Stiftung als kontinuierliches Fortbildungsangebot weitergeführt werden. Darüber hinaus wurden und werden Gendertrainings auch für Mitarbeiter verschiedener anderer Organisationen angeboten.

Auch das vom Frauenrat der Stiftung initiierte Projekt "Geschlechterdemokratie 2000" hat 1999 begonnen. In diesem Zusammenhang stand die Frage, inwiefern die Umsetzung des Leitbildes in die Stiftungspraxis gelungen ist und ob die Debatte um Geschlechterdemokratie als politisches Konzept Strahlkraft nach außen entwickeln konnte. Fortgesetzt wird das Projekt im Jahr 2000 mit den "Geschlechterdemokratischen Dialogen", die als Abendveranstaltungen in Kooperation mit der Wochenzeitung Freitag stattfinden, und dem Kongress "Vielfalt der Visionen, Visionen der Vielfalt-Geschlechterdemokratie 2000", der für den November geplant ist.

In die Öffentlichkeit ging das Konzept der Geschlechterdemokratie auch 1999 auf mehreren Veranstaltungen: so zum Beispiel durch die Tagungen "Mütterlichkeit und Väterlichkeit in Ost und West", die in Zusammenarbeit mit dem Medienbüro Katrin Rohnstock durchgeführt wur-

de, sowie "Geschlechterdemokratie in Organisationen" (in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung in Hessen). Beide Veranstaltungen sind dokumentiert.

Geschlechterdemokratie in Organisationen

Fachtagung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie u. a.

Personalmanagerin und kommunale Gleichstellungsbeauftragte, Geschlechterforscherin und Personalrat - aus den unterschiedlichsten Theorie- und Praxisfeldern kamen die Referentinnen und Referenten der Fachtagung "Geschlechterdemokratie in Organisationen". Ausgangspunkt der Tagung war die Verknüpfung der traditionell getrennt behandelten Themenbereiche "Geschlecht" und "Organisation" vor dem Hintergrund der Reorganisation und Umstrukturierung der Arbeit sowie einem Paradigmenwechsel innerhalb der Frauenforschung und -politik: Nach einer kritischen Bilanz der Instrumente und Institutionen der Frauenförderung wird dort verstärkt die Geschlechterperspektive eingenommen, d.h. beide Geschlechter rücken ins Auge des Betrachters.

Christiane Jüngling, Organisationsberaterin aus Hamburg, prägte den Begriff der "konfliktfähigen Konsensstrategie" und zog aus ihrer Beschäftigung sowohl mit Frauen- als auch mit Organisationsforschung folgendes Fazit: "Organisationale Veränderungen zur Verbesserung der betrieblichen Gleichstellung von Frauen sind selbst bei Unterstützung durch das Management am ehesten durch gute Tauschgeschäfte zu erreichen, von denen alle Beteiligten profitieren. [...] Die Forschungsergebnisse zeigen, dass auf der Mikroebene der direkten Interaktion Konfliktfähigkeit gefordert ist, während bei der strategischen Planung und Umsetzung von Gleichstellungspolitik die Orientierung am Konsens der Beteiligten unerlässlich scheint." Henning von Bergen, Referent der Heinrich-Böll-Stiftung für Geschlechterdemokratie, stellte eine Kennzeichen-Liste vor, anhand derer man eine "geschlechterdemokratische Organisation" identifizieren kann. Zu diesen Kennzeichen gehören u. a.: "Frauen und Männer sind strukturell vollständig integriert, in allen Positionen und auf allen Hierarchieebenen gleichmäßig repräsentiert." Und: "Frauen und Männer sind vollständig in die informellen Netzwerke integriert."

Die abschließenden Workshops konzentrierten sich auf Vorschläge und Ansätze zur praktischen Umsetzung, die auf reformierten Konzepten von Chancengleichheit bzw. Geschlechterdemokratie beruhen. Eine Dokumentation dieser Fachtagung kann bei der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie in Frankfurt (Email: info@hgdoe.de) zum Preis von DM 20 bestellt werden.

Aufbau von Frauenkooperativen in ländlichen Regionen Women in Nigeria (WIN)

Der Projektpartner Women in Nigeria ist eine der größten und wichtigsten regierungsunabhängigen Frauenorganisationen in Nigeria. Sie hat ca. 5000 Mitglieder und ist in rund zwei Drittel der Staaten Nigerias vertreten.

Besonderes Anliegen von Women in Nigeria ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben und an politischen Prozessen. Traditionelle und moderne Formen der Diskriminierungen von Frauen, die Unwissenheit über die eigenen Rechte und Möglichkeiten sowie vor allem die hohe Armut und ökonomische Abhängigkeit stehen dem bislang im Wege. Deshalb versucht WIN durch einen kombinierten Projektansatz den Status von Frauen zu verbessern und sie verstärkt in politische und soziale Prozesse einzubinden. Dabei wird die Schaffung von ländlichen Frauenkooperativen gefördert und die ökonomische Basis durch die Bereitstellung von Kleinkrediten verbessert. Neben der Vermittlung von buchhalterischen Grundkenntnissen werden die Frauen in Seminaren und Workshops darin trainiert, ihre

Rechte wahrzunehmen und ihre Interessen zu vertreten. Durch die Vermittlung und Stärkung von Führungskompetenzen werden die Möglichkeiten der Einflussnahme von Frauen erweitert. Insbesondere im gegenwärtigen Demokratisierungsprozess Nigerias stehen neben der Aufklärung über allgemeine staatsbürgerliche Rechte und Pflichten die Mobilisierung und Politisierung der auf dem Lande lebenden Frauen im Mittelpunkt.

Frauenparlament: Forum für Berliner Frauenpolitik Veranstaltung des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Anstatt über die inspirationslose Frauenpolitik des Berliner Senats zu klagen und still zu hoffen, nach den Wahlen werde der neue Senat Besserung bringen, beschloss der "Arbeitskreis Frauenpolitische Bildung" des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung im Frühsommer 1999 die Einberufung des 1. Berliner Frauenparlaments. So kamen zur Zeit des Vorwahlkampfes rund 60 "Parlamentarierinnen" aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft ins Rathaus Schöneberg, um dort zu demonstrieren, wie Politik aussehen könnte, wenn Frauen die Parlamente dominierten und die Macht hätten, ihre Konzepte durchzusetzen.

Angelehnt an parlamentarische Verfahren, brachten die Politikerinnen in spe ihre Forderungen und Ideen in Form von Anträgen ein, die anschließend in fünf Ausschüssen zu den Themen "Frauenpolitische Grundsatzfragen", "Arbeit und Wirtschaft", "Jugend, Sport und Bildung", "Lebenswerte Stadt" und "Demokratie, Innere Sicherheit, Frieden, Migration" diskutiert wurden. Mit der fachlichen Unterstützung der "Abgeordnetenhausfrauen" von Bündnis 90/Die Grünen prüften die Ausschüsse zu den eingebrachten Anträgen die Gesetzeslage, die Zuständigkeiten und den Diskussionsstand im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Ergebnisse wurden sodann dem Plenum für einen Forderungskatalog präsentiert und zur Abstimmung gebracht. Dieser Katalog mit 22 Forderungen an eine frauengerechte Stadtpolitik wurde schließlich im September an die Vertreterinnen der Parteien und des Senats in einer öffentlichen Aktion mit der Bitte übergeben, Stellung zu beziehen. Die wichtigsten Forderungen an die Landespolitik lauten:

- durch gesetzliche Regelungen dafür zu sorgen, dass Gleichstellung zur Pflichtaufgabe der Landesregierung wird, damit Frauenpolitik und Frauenprojekte langfristig abgesichert sind,
- Existenzgründungsprogramme speziell für Frauen ins Leben zu rufen, damit sie sich neue berufliche Perspektiven eröffnen können,
- sich per Bundesratsinitiative für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen unabhängig von der Dauer ihrer Ehe einzusetzen sowie die Anerkennung der Prostitution als Beruf durchzusetzen.

Weitere Informationen finden sich in einer Dokumentation des Berliner Bildungswerks (E-Mail: info@bildungswerk-boell.de).

Macht gewinnen

In der Auslandsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung hat die Förderung von Frauen einen besonders hohen Stellenwert. Rund die Hälfte aller Projekte, die in den Ländern des Südens und in Osteuropa unterstützt werden, sind Frauenprojekte. Ihr Ziel ist das Empowerment, d. h. die Projektaktivitäten unterstützen den Machtgewinn von Frauen.

Empowerment in seinen verschiedenen Ausdrucksformen ist Gegenstand einer von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebenen Untersuchung. Um sowohl die Funktionsweise als auch die Auswirkungen von Empowerment-Prozessen bewerten zu können, mussten die Autorinnen Birte Rodenberg und Christa Wichterich zunächst methodische Instrumente entwickeln, die eine systematische und vergleichende Auswertung ermöglichen. Mit diesem Instrumentarium werden die Strategien der Machtbildung, die verschiedene Projekttypen mit

Basisarbeit, Öffentlichkeitskampagnen und Politikintervention verfolgen, analysiert und auf ihre Wirksamkeit überprüft. Diese Studie betritt Neuland und kann als Pilotprojekt angesehen werden.

Birte Rodenberg und Christa Wichterich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland, Berlin 1999, 160 Seiten, DM 10, ISBN 3-927760-35-8 (Im Buchhandel erhältlich oder bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin)

4. Migration und demokratische Partizipation

Gemeinschaftsaufgabe Migration

Die Heinrich-Böll-Stiftung war im Jahr 1999 mit einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema Migration bzw. Migrationspolitik in der Öffentlichkeit präsent. So führte die Stiftung, gemeinsam mit dem Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung, die Reihe "Berliner Gesprächsforum zur Migrationspolitik" durch. In fünf Veranstaltungen wurden aktuelle Fragen der Einwanderungspolitik, der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie der Schutz von Flüchtlingen diskutiert. Unter anderem ging es um eine mögliche Revision der Genfer Flüchtlingskonvention, um die doppelte Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für das Zusammenleben mit Zuwanderinnen und Zuwanderern und über den neuen Typus des "Umweltflüchtlings".

Die vierstündigen Gesprächsforen wurden jeweils durch einen theoretischen Teil eingeleitet, bei dem Fachleute aus Politik und Wissenschaft die zentralen Problemlagen herausstellten. Zu den Veranstaltungen waren neben Parlamentariern und Regierungsangehörigen auch Vertreterinnen und Vertreter aus Wohlfahrtsverbänden und ähnlichen Einrichtungen eingeladen. Im "praktischen" Teil stand der fachliche Austausch zwischen Wissenschaft und Politik im Vordergrund sowie die Möglichkeit, kurzfristig auf aktuelle politische Ereignisse oder Entwicklungen reagieren zu können.

Um die Gemeinschaftsaufgabe Migration auch den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung nahe zu bringen, wurde das Studienwerk stärker in diese Gemeinschaftsaufgabe eingebunden. Das Thema Migration ist mittlerweile als Arbeitsschwerpunkt wie auch als Leitprinzip im Studienwerk gut verankert. Dies zeigt sich bei der Stipendienvergabe, wo Migrantinnen und Migranten gefördert werden, sowie in der inhaltlichen Ausgestaltung des Begleitprogramms, wo migrationspolitische Themen diskutiert werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung verfolgt den Anspruch, in den migrationspolitischen Belangen beispielhaft zu sein. Diese sollen demnach keine Sonderaufgabe bleiben, sondern als Gemeinschaftsaufgabe in alle Arbeitsabläufe der Stiftung integriert werden.

Im Rahmen von Personalentwicklung und Qualifizierung gibt es seit vergangenem Jahr das Angebot eines Workshops über das "Leben in einer Welt der Vielfalt". Die zweitägige Fortbildung dient u. a. der Sensibilisierung für bzw. dem Erkennen von institutionellen und individuellen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozessen im Alltag.

Gemeinsam mit ihren Landesstiftungen rief die Heinrich-Böll-Stiftung eine "Arbeitsgruppe Migration" ins Leben. Die regionalen und bundesweiten Aktivitäten im Bereich Migration sollen damit koordiniert werden. Ein erstes Ergebnis ist die bundesweite Veranstaltungsreihe bzw. Kampagne "Endstation Sehnsucht: Perspektiven der Einwanderungsgesellschaft", die von der Heinrich-Böll-Stiftung, ihren Landestiftungen und einigen Kooperationspartnern durchgeführt wurde.

"Die Ära der neuen Verträglichkeit" Ein Kongress im November 1999 in Berlin

Staatsbürgerrechte und Integration standen im Mittelpunkt des Kongresses "Die Ära der neuen Verträglichkeit". Er war Teil der Veranstaltungsreihe "Endstation Sehnsucht: Perspektiven der Einwanderungsgesellschaft" und fand in Kooperation mit der Deutsch-Türkischen-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie dem Zentrum für Türkeistudien statt.

Fachleute aus Medien, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft sowie verschiedenen Migrantenorganisationen referierten und diskutierten über die politischen, kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Migration. Die Veränderungen durch das neue Staatsbürgerrecht in Deutschland standen am Anfang der Debatten. Nach einer Analyse der bisherigen Rahmenbedingungen von Migration war schnell deutlich geworden, dass die Integration der Migrantinnen und Migranten sowie deren politische und gesellschaftliche Partizipation bislang unzureichend ist. Es bestand aber insoweit Konsens, dass die neuen Staatsbürgerrechte durchaus Wege aufzeigen und Möglichkeiten eröffnen: Nicht nur die rechtliche, auch die politische, soziale, kulturelle und religiöse Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft könne dadurch gefördert werden. Um dies zu verwirklichen, müssten allerdings Anstrengungen in allen gesellschaftlichen Bereichen unternommen werden. Voraussetzung hierfür wäre ein offener interkultureller Dialog. Des Weiteren sollte in Zukunft den gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. Realitäten mehr als bisher Rechnung getragen werden, so z. B. die zunehmende Internationalisierung und das gleichzeitige Zusammenwachsen Europas.

Moderiert wurde der Kongress von Ulrich Wickert und Hülya Öskan-Bellut.

"Weltbilder entstehen in den Köpfen" **Landesstiftung Niedersachsen**

Acht Journalistinnen und Journalisten aus Äthiopien, Brasilien, El Salvador, Indien, Israel, Pakistan, Simbabwe und der Russischen Föderation konnten sich im Oktober 1999 zwei Wochen lang in Deutschland über die Vorbereitungen für die Weltausstellung EXPO 2000 informieren. Ihr Besuch in Hannover erfolgte auf Einladung der niedersächsischen Stiftung Leben und Umwelt. Ziel der Besuchsreise war die Förderung einer kritischen internationalen Diskussion über die Inhalte der EXPO und der Austausch zwischen Journalistinnen und Journalisten.

"Für uns war dieser Besuch in Deutschland sehr wichtig", erklärte Mesfin Birru Dehnanev von der äthiopischen Zeitung "The Monitor", "in unseren Heimatländern ist die Weltausstellung überhaupt kein Thema, und für unabhängige Journalisten ist es sehr schwierig, Informationen über die geplante Beteiligung unserer Regierungen zu erhalten." Diesem Informationsdefizit wollen die Journalistinnen und Journalisten mit ihren Beiträgen zum Thema Weltausstellung entgegenzutreten. Ihr besonderes Interesse galt dabei der Frage, inwieweit Probleme und Lösungsansätze der Länder des Südens bei der EXPO ausreichend berücksichtigt werden.

Jafar Farah, Direktor eines journalistischen Ausbildungszentrums für Palästinenser in Israel, äußerte die Befürchtung, dass Nichtregierungsorganisationen auf der EXPO nicht ausreichend vertreten wären. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hätte zwar 100 Millionen Mark für die Präsentation von Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt, aber nur drei Millionen davon seien an Nichtregierungsprojekte gegangen.

Auch Najma Sadeque, Mitarbeiterin der pakistanischen Zeitung "The News International", bezweifelte, dass die EXPO 2000 ein geeignetes Forum für das Thema "Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert" ist: "Ich glaube nicht, dass Leute eine große Messe besuchen werden, um sich mit anstrengenden Themen zu konfrontieren. Wenn man das EXPO-Motto "Nachhaltige Entwicklung" wirklich ernst nimmt, müsste das Konzept der Weltausstellung komplett auf den Kopf gestellt werden. Man kann Nachhaltigkeit nicht ohne die Auswirkungen der Kolonialisierung diskutieren. In unseren Ländern liegen nämlich darin die Gründe für eine nicht-nachhaltige Entwicklung."

Vor allem in einem Punkt waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besuchsreise einig: Eine dezentral organisierte EXPO 2000 würde der eigentlichen Idee einer Weltausstellung viel eher entsprechen. Die jetzige Struktur der EXPO sei viel zu teuer und aufwen-

dig; der größte Teil der Weltbevölkerung hätte letztendlich nichts davon, so die freie Journalistin und Beraterin des Umweltministeriums in Brasilien, Kristina Michahelles.

Die Artikel und Radiobeiträge, die von den Journalistinnen und Journalisten zum Thema EXPO 2000 in ihren Heimatländern veröffentlicht werden, können im Online-Forum www.xposition.de abgefragt werden. Weitere Informationen sind bei der niedersächsischen Stiftung Leben und Umwelt zu erhalten:

E-Mail: redaktion@xposition.de oder auch telefonisch: 0511- 30185713 (Isabel Rodde).

**<www.xposition.de>,
die kritische Website zur EXPO 2000**

Seit dem Start der Website www.xposition.de im Jahre 1999 ist eine kritische Sicht auf die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover nur noch einen Mausklick entfernt. Die neue Internet-Adresse www.xposition.de bietet u. a. Informationen zu Geschichte und Struktur der EXPO 2000, zum Themenpark und den Internationale Projekten. Hintergrundberichte können ebenso abgefragt werden wie Informationen über aktuelle Entwicklungen, Alternativkonzepte und laufende Veranstaltungen.

www.xposition.de will eine Plattform sein für all diejenigen, für die die EXPO 2000 nicht oder nur punktuell die richtigen Visionen für das kommende Jahrtausend liefert. Ziel ist die Schaffung einer kontinuierlichen Gegenöffentlichkeit zu den offiziellen Verlautbarungen der EXPO GmbH und die Schaffung eines Diskussionsraumes für alternative Entwicklungsmodelle. Verantwortlich hierfür zeichnen vor allem die drei Landesstiftungen Stiftung Leben und Umwelt, Mitwelt - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt und Anderes Lernen - Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein.

5. Menschenrechte, Zeitgeschichte und Zukunft der Demokratie

Eine neue Außen- und Sicherheitspolitik für Europa? Erste Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin

Mit der 1. Außenpolitischen Jahrestagung im Dezember 1999 in Berlin betrat die Heinrich-Böll-Stiftung gewissermaßen "Neuland", konzentrierte sich doch die Stiftung im Bereich der internationalen Politik lange Zeit auf die Entwicklungszusammenarbeit, die Unterstützung von Bürgerrechtsbewegungen und das Engagement für Frieden bzw. Konfliktlösung. Eine außenpolitische Debatte erscheint aber notwendig, da sich nach dem Ende der Blockkonfrontation und der bipolaren Weltordnung ein grundlegender Wandel in der internationalen Staatengemeinschaft vollzieht und die Rolle der Berliner Republik und die Bestimmung der Kriterien ihrer Außenpolitik keineswegs geklärt sind.

Die zweitägige Veranstaltung unter dem Titel "Eine neue Außen- und Sicherheitspolitik für Europa?" fiel zeitlich mit der Entscheidung der Europäischen Union zusammen, die Position eines Hohen Beauftragten der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen. Außenminister Fischer sprach in seinem Eröffnungsvortrag von den neuen Notwendigkeiten, aber auch von den für grüne Politik noch wenig vertrauten Zwängen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Zentrum seines Vortrags stand ein klares Bekenntnis zur europäischen Einigung und zur Erweiterung der Union. Die Forderung nach einer Abkehr von Hegemonialkriegen und die Durchsetzung von Recht und Demokratie als Kern präventiver Diplomatie gehörten zu den selbstverständlichen Grundlegungen deutscher Außenpolitik. Beim Thema Tschetschenien dagegen prallten deutsche Außenpolitik und grünes Selbstverständnis hart aufeinander. Daniel Cohn-Bendit verglich den russischen Ministerpräsidenten Putin mit Milosevic und leitete daraus das Recht auf ökonomische Intervention ab. Der russische Menschenrechtler und Duma-Abgeordnete Sergeij Kowaljov warnte ebenfalls vor einem Rückfall Rußlands in die alten Laster, insbesondere die Suggestion von äußerer und innerer Bedrohung, um - wie zu Sowjetzeiten - Einschüchterung und Unterdrückung zu rechtfertigen. Im ersten Forum, das sich mit den "Transformationsprozessen und den veränderten Konfliktlinien in Europa" auseinandersetzte, schlug Winrich Kühne, Stiftung Wissenschaft und Politik, einen Bogen von den Verwerfungen der Globalisierung, der veränderten Rolle der Vereinten Nationen und den neuen Bedrohungen, die sich nach 1989 für die Abrüstung von konventionellen und nuklearen Waffen ergeben zu den neuen Konstellationen ethnisch überformter Konflikte. Globalisierung einerseits, die Fragen der Durchsetzung universeller Rechte andererseits, und immer wieder die Auseinandersetzung um den Tschetschenien-Krieg, die Rolle Rußlands und eine angemessene politische Haltung des Westens prägten die Auseinandersetzung dieses Forums.

Mit der von der Tagespolitik unbeschwerten Sicht des Historikers näherte sich Dan Diner in der Abendveranstaltung den alten Konfliktverläufen, aber auch den neuen Perspektiven bei der "Wiederkehr Europas". Die lebhafteste Diskussion im Anschluss an seinen Beitrag zeigte das starke Bedürfnis, aktuelle außenpolitische Fragestellungen in einen größeren, beispielsweise historischen, Zusammenhang zu stellen. Die engagierte Beteiligung des Publikums unterstrich denn auch die Notwendigkeit außenpolitischer Grundsatzdebatten im grünen Milieu.

Im zweiten Forum mit dem Titel "Eine Bilanz deutscher Politik und internationalen Krisenmanagements im jugoslawischen Zerfallsprozess - Folgen für die zukünftige europäische Außen- und Sicherheitspolitik" plädierte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wolfgang Ischinger, für eine bessere Handlungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrates. Die Fähigkeit der Europäer im Bereich der Krisenintervention beurteilte er sehr kritisch. Ein besonderes Pro-

blem sah er beim Aufbau ziviler Strukturen als Grundlage für eine politische Stabilisierung des Balkans.

Wie zu erwarten, konzentrierte sich die anschließende Diskussion auf die umstrittene Legitimität der bewaffneten Intervention zur Durchsetzung von Menschenrechten, auf die Wirkungen des Einsatzes ohne UN-Mandat auf das Völkerrecht, aber auch auf die Frage, wie denn stabile politische und demokratische Verhältnisse nach der Intervention zu erreichen seien.

Im dritten Forum stand "die Konzeption gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik für Europa" im Vordergrund. Christoph Heusgen, Direktor der Policy Unit des Hohen Beauftragten der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), erläuterte auch die möglichen Folgen dieses gerade im Aufbau befindlichen Politikbereiches für das Verhältnis zu Rußland und den USA. Die Kommentare von Politikberaterinnen und -beratern aus den USA, Rußland und Frankreich, machten deutlich, dass die USA zwar einen stärkeren Beitrag der Europäer zur gemeinsamen Sicherheitspolitik fordern, diese Anstrengungen aber im gemeinsamen Bündnis verankert sehen wollen.

Die Dokumentation der Tagung ist in der Stiftung erhältlich.

Vom Krieg zum Frieden - Politische Perspektiven für Südosteuropa Eine Fachtagung im Juni 1999 in Bonn

Die Suche nach einer friedlichen, zivilen Zukunft für den Kosovo stand im Mittelpunkt der Fachtagung "Vom Krieg zum Frieden - Politische Perspektiven für Südosteuropa", die am 24. Juni 1999 im Wasserwerk in Bonn stattfand. Zunächst beschäftigte sich die Tagung mit den politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Verständigung. Wie kann ein Prozess der Befriedung eingeleitet werden? Welche Strategien des ökonomischen Wiederaufbaus und der Integration sind zu ergreifen? Dazu referierten u. a. Verica Spasovska (Deutsche Welle) und Drinka Gojkovic (Belgrader Zirkel). Im zweiten Forum "Die Arbeit der NGOs in der Zukunft" folgte die Auswertung der Erfahrungen, die bisher mit der Implementierung zivilgesellschaftlicher Prozesse, insbesondere in Bosnien-Herzegowina, gemacht wurden. Als Referentinnen und Referenten diskutierten u. a. Bärbel Bohley, Rupert Neudeck (Cap Anamur) und Senka Nozica (Helsinki Komitee Sarajevo).

Für sie habe sich gezeigt, dass für den Erfolg internationaler Programme ein langfristiges und ernsthaftes Engagement erforderlich ist und dass verlässliche Partnerbeziehungen in der Region aufgebaut werden müssten. Vielfach kritisiert wurde in diesem Zusammenhang die Sprunghaftigkeit und Oberflächlichkeit sowie der Bürokratismus internationaler Hilfsprogramme. Die Entscheidungen über Projekte sollten in der Region selbst fallen, in Zusammenarbeit der internationalen Institutionen mit den örtlichen Partnern - und nicht in Brüsseler Amtsstuben, so die Forderung. Die Frage, ob sich die Strukturen der Internationalen Organisationen ändern müssten und in welcher Weise dies geschehen könnte, wurde innerhalb des dritten Forums diskutiert.

Ein wesentlicher Punkt in den Diskussion dieser Tagung war die These, dass sich die internationale Gemeinschaft und die EU bisher vor allem mit den Folgen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien auseinandergesetzt haben. Jetzt aber sei es an der Zeit, die Ursachen dieser Kriege auszutrocknen. Das Konfliktpotential könne nur aufgelöst werden in der Perspektive regionaler Kooperation und europäischer Integration.

Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten Fachtagung vom 3. -5. 12. 1999 an der TU Berlin

Gewaltsame Konflikte nehmen verstärkt den Charakter von innerstaatlichen Auseinandersetzungen an oder werden zumindest von der Weltöffentlichkeit als solche wahrgenommen. Innerstaatliche Konflikte bedürfen allerdings einer neuen Form der Analyse und anderer Handlungsempfehlungen - z. B. ein Überdenken der völkerrechtlichen Vereinbarung der Nicht-Einmischung in die Souveränität eines Staates -, als dies im Rahmen der traditionellen Diplomatie bislang üblich war. Unter dieser Prämisse fand im Dezember 1999 in Berlin die

Fachtagung "Die Rolle der Entwicklungsarbeit in gewalttätigen Konflikten" statt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit der Society for International Development (SID - Berlin Chapter) und der TU Berlin durchgeführt mit dem Ziel, Wissen und Erfahrungen in Form von Fallstudien zu sammeln und aufzuarbeiten. Es referierten zahlreiche namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen der Wissenschaft, aus Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (DED, BMZ u. a.) und NGOs.

Am Beginn der Tagung standen einleitende Fachreferate zu eher grundsätzlichen Fragen, die einerseits den Charakter von Krisen und Konflikten näher beleuchteten, andererseits das Konzept und Instrumentarium einiger Mittelgeber wie der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die UNDP (United Nations Development Programme) vorstellten. Nach den Grundsatzreferaten teilte sich die Fachtagung in drei Arbeitsgruppen, die am konkreten Länderbeispiel u. a. die Entstehung, die Ursachen und die Vermeidung bzw. Verminderung der Folgen von gewalttätigen Konflikten untersuchten.

Die erste Arbeitsgruppe behandelte die Frage, ob die Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen mit politischer Konditionalität intervenieren sollte. Unter politischer Konditionalität wird dabei der Einsatz der gesamten Entwicklungshilfe zur Erreichung politischer Ziele verstanden. Es kann sich dabei positiv um Incentives (Erhöhung der Hilfe bei Demokratisierung und Abbau des Gewaltpotentials) wie negativ um Sanktionen (Reduzierung der Hilfe bei zunehmender Gewalt) handeln. Die Fallstudien aus Kenia, Äthiopien, Sri Lanka und Ruanda zeigten, dass politische Konditionalität als Mittel der Krisenprävention durchaus positiv zu bewerten ist, jedoch bleibt deren Wirkung begrenzt.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass die EZ-Konditionalität kurzfristig sowohl konfliktreduzierende als auch konfliktverschärfende Wirkungen zeigen kann, längerfristig will und muss sie zu einer friedvolleren Gesellschaft durch Abbau struktureller Ursachen der Konflikte führen. Von der Entwicklungszusammenarbeit könne lediglich eine Signalwirkung ausgehen, eine friedvollere Gesellschaft müsse von innen wachsen.

Die zweite Arbeitsgruppe bearbeitete ein Fülle von Projektansätzen zur Konfliktvermeidung bzw. Konfliktabschwächung. Auch hier wurden verschiedene Fallbeispiele vorgestellt, von Bildungsprojekten im Kosovo über die Friedensgespräche in Burundi zum Projekt Friedenskarawane "Artists for Peace Africa". Insgesamt kam die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, dass die Projekte, auch wenn sie nicht explizit gegen gewaltsame Konflikte eingerichtet wurden, eine Fülle an erfolgversprechenden Erfahrungen und Instrumenten aufzeigen. Ein lokal bzw. auf den Konflikt abgestimmtes Vorgehen sei jedoch zwingend.

Die dritte Arbeitsgruppe untersuchte die indirekten und nicht gewünschten Folgen der Entwicklungszusammenarbeit. Die unterschiedlichen Fallbeispiele zeigten, dass die massivsten Konflikte im Bereich der Regelung und Verteilung der natürlichen Ressourcen und Lebensräume auftreten. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte sich daher von keiner Seite instrumentalisieren lassen und - ohne tiefgreifende Analyse - keine Programme unterstützen, die ganze Bevölkerungsgruppen entwurzeln und vertreiben helfen. Grundsätzlich müsse immer eine Folgenabschätzung durchgeführt werden.

Insgesamt wurden auf der Tagung, trotz der Vielfalt der Fallbeispiele und ihrer jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, einige generelle Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit sichtbar. So gilt es, einen erfolgversprechenden Instrumentenmix zu entwickeln und einzuführen, der aber in spezifischen Situationen auch variabel eingesetzt werden kann. Als wesentliche Voraussetzung hierfür wurde die vertiefte Untersuchung der jeweiligen sozio-kulturellen und sozio-politischen Rahmenbedingungen angesehen.

Die Dokumentation der Tagung, herausgegeben von Brigitte Fahrenhorst, ist als Band Nr. 11 der SID-Berlin-Berichte erschienen und im Buchhandel unter der ISBN 3-9804456-3-1 erhältlich.

"Die internationalen Instrumente müssen insgesamt viel stärker auf Prävention und zivile Konfliktbearbeitung abgestellt werden. Statt einer Ausdehnung militärischer Strukturen brauchen wir eine Stärkung der zivilen Strukturen der Konfliktbewältigung und eine enge Abstimmung zwischen den Politikbereichen." Uschi Eid

Die wandernden Frauenwerkstätten für Frieden Die "Frauen in Schwarz" in Serbien

Während des Krieges in Kroatien und Bosnien übernahm die Frauenbewegung der Region eine tragende Rolle in der Opposition gegen den Krieg. Die meisten Frauengruppen in den beiden Republiken waren bereits damals miteinander vernetzt und oftmals die einzigen, die den Kontakt während des Krieges aufrecht erhalten konnten. Die antimilitaristische Belgrader Gruppe Frauen in Schwarz ist eine davon und zugleich Projektpartnerin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Seit Oktober 1991 protestierten die Frauen in Schwarz in der Innenstadt von Belgrad wöchentlich gegen den Krieg. Unmissverständlich machten sie ihre Opposition zum serbischen Regime deutlich: "Ich bekenne, dass ich eine Verräterin an den in der serbischen Gesellschaft dominierenden militaristischen Werten bin/Dass ich gegen alle Formen von Gewalt, Krieg und Diskriminierung protestieren werde/Dass ich den ganzen Krieg hindurch bosnische Lieder sang und albanische Tänze tanzte/.../Dass ich noch eine weitere Anti-Kriegskampagne organisieren werde, wenn ihr mit diesem Scheißdreck weitermacht/..." (Auszug aus: "Wir bekennen", aufgeschrieben von Jasmina Tesanovic, Frauen in Schwarz, Belgrad.)

Darüber hinaus engagiert sich die Gruppe in der Flüchtlingshilfe, unterstützt Kriegsdienstverweigerer und organisiert einmal im Jahr das internationale Sommertreffen des "Frauensozialitätsnetzwerkes gegen den Krieg". Im Rahmen der "wandernden Frauenwerkstätten für Frieden" reisen die Frauen in Schwarz in die serbische Provinz, nach Montenegro und in die Republika Srpska und veranstalten dort antimilitaristische Workshops für Frauen. Behutsam versuchen sie, nationale oder religiöse Vorurteile oder Ideologien abzubauen und den Weg freizumachen für die Selbstorganisation von Frauen und deren aktive Teilnahme an demokratischen und friedensschaffenden Aktivitäten.

Der internationale Jugendwettbewerb "Die 2000er-Frage"

Wenn über Fragen der Zukunft und Zukunftsfähigkeit diskutiert wird, dann oft ohne diejenigen, die es am meisten betrifft. Die Heinrich-Böll-Stiftung schrieb deshalb Ende 1998 einen internationalen Jugendwettbewerb unter dem Motto "Die 2000er-Frage" aus. Junge Menschen aus ganz Europa wurden aufgefordert, an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend ihre zentrale Frage an die Zukunft zu stellen. Eine international zusammengesetzte Jury wählte aus den über 500 eingegangenen Zuschriften neun der interessantesten Fragen aus. Für die Konzeption der nachfolgenden Jugendbegegnungsveranstaltungen, die im Rahmen des Modellprojektes KLARA 2000 in Weimar stattfanden, wurden die prämierten Fragestellungen als thematische Grundlage einbezogen. In insgesamt fünf Begegnungen suchten engagierte junge Leute aus ganz Europa gemeinsam nach Antworten auf die drängenden "2000er-Fragen". Natürlich waren die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs eingeladen, an der von ihnen inspirierten Veranstaltung teilzunehmen. Unter folgenden Themenstellungen fanden die Jugendbegegnungen statt: "Weißt du, was du willst?"; "Der Mensch zwischen Natur und Technik, zwischen Ökologie und Ökonomie"; "Antirassismus, Nationalismus, interkulturelle Toleranz"; "Die Zukunft der Kulturen angesichts der Globalisie-

rung"; "Wege der Demokratisierung".

Das 1998 gestartete Projekt KLARA 2000 wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar initiiert und durchgeführt; es waren im Laufe des Projekts weitere Partnerorganisationen aus insgesamt 17 Ländern beteiligt, deren Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft, der zivilen Konfliktbearbeitung, der Ökologie und Geschlechterpolitik sowie der interkulturellen politischen Bildung liegen. Zielsetzung war, jugendpolitische Initiativen - gerade aus denjenigen Regionen Europas, die bislang noch nicht oder kaum in den internationalen Austausch integriert sind -, zusammenzuführen und der gesellschaftspolitischen Diskussion der jüngeren Generation zu zentralen Gegenwarts- und Zukunftsfragen ein Forum zu bieten.

Mehr Informationen zum Wettbewerb oder zu den einzelnen Begegnungsprojekten können unter folgender Adresse angefordert werden: Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Julia Motta, Jenaer Str. 2-4, 99425 Weimar, Telefon: 03643-827106 (Fax: -111), E-Mail: Motta@ejbweimar.de

"Die heutige Jugend - ist sie vorbereitet, die sich verändernde Welt von morgen zu bewältigen?"

Binh Pham, Aalborg, Dänemark, 18 Jahre

"Gestern: "der Mensch in der Natur", heute: "der Mensch plus die Technik gegen die Natur", und morgen: "die Natur plus die Technik gegen den Menschen" oder "der Mensch zusammen mit der Natur und Technik"?"

Marina Narovijanskaya, Kiev, Ukraine, 25 Jahre

"Weißt du, was du willst?"

Santa Rosicka, Lettland, 16 Jahre

"Was mache ich, wenn mir meine Freundin erklärt, sie liebt jetzt einen anderen, und der ist ein Roboter?"

Daniel Opper, Kassel, Deutschland, 17 Jahre

"Regieren im 21. Jahrhundert"

Internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung Baden- Württemberg

"Was kann und was soll der Staat im 21. Jahrhundert leisten?" Diese Frage stand im Vordergrund der Konferenz "Regieren im 21. Jahrhundert", die im Juli 1999 als Auftakt einer Reihe von Aktivitäten zu diesem Schwerpunktthema in Stuttgart stattfand. Im Hinblick auf die zunehmenden Handlungsprobleme des klassischen Nationalstaates wird eine moderne Form des "Regierens" gesucht. Damit verbunden sind eine Vielzahl von Fragen, darunter u. a.: Was kann eine nationale Regierung unter den Einflüssen von Globalisierung und Internationalisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft heute überhaupt noch allein verantwortlich bewegen? Welche Rolle spielen internationale Institutionen? Welche politischen Aufgaben kann und muss etwa die EU übernehmen? Gibt es unterschiedliche parteipolitische und ideologische Antworten auf die Herausforderungen von Globalisierung und Internationalisierung? Matthias Dembinski, Morten Kelstrup, Anne-Marie Le Gloannec, Helmut Wiesenthal, Peter Altmaier, Hubert Kleinert, Richard Herzinger, Katrin Forgó, Heide Rühle u. a. versuchten, darauf Antworten zu geben, bzw. die Chancen für eine Demokratie neuen Typs und den Weg zu neuen Regierungsformen aufzuzeigen. Zu einem guten Teil ging es auch um die Frage, welche Rolle die nicht-staatlichen Organisationen dabei einnehmen können.

Internationales Jugendsommerlager in Ahrensböök Projekt vom Bildungswerk anderes lernen zum Todesmarsch Auschwitz - Holstein 1945

Am 12. April 1945 erreichten einige Hundert vornehmlich jüdischer KZ-Häftlinge aus dem Auschwitz-Nebenlager Fürstengrube und dem Lager Blankenburg auf einem Binnenschiff den Lübecker Industriehafen. Dort wurden sie von der SS bis nach Neustadt getrieben und erneut auf Schiffe verladen, wo ein Großteil bei einem Angriff britischer Flugzeuge ums Leben kamen. Mit ihnen starben auch Tausende aus den Konzentrationslagern Neuengamme und Stutthof. Zum Gedenken an die zahlreichen Opfer wurde von der "Gruppe 33", einer Arbeitsgemeinschaft für Zeitgeschichte in Ahrensböck, das Wegzeichenprojekt angeregt. In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, der Aktion Sühnezeichen und der Landeszentrale für politische Bildung Kiel wurden 15 Jugendliche und junge Erwachsene aus Weißrußland, Polen, Tschechien und der Bundesrepublik in ein internationales Jugendsommerlager nach Ahrensböck eingeladen. Unter Anleitung von Wolf Leo, einem Berliner Graphiker und Plastiker, gestalteten die Jugendlichen aus Lehm und Beton eindrucksvolle Stelen, die seit dem Antikriegstag 1999 die Strecke des Todesmarsches von Lübeck nach Neustadt markieren. Sie sollen die Erinnerung an diese Zeit wach halten. Dabei ginge es nicht um Schuld, sondern um Verantwortung, so der Künstler Wolf Leo.

"Anstiftung zur Einmischung"

Wettbewerb gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

"Mit Ohnmacht und Entsetzen erfuhr ich vom heimtückischen Mordanschlag in Guben. Ich bin wie viele andere der Meinung, dass mehr getan werden muss." Dies schrieb ein Schüler aus Brandenburg, der vom Projektwettbewerb "Anstiftung zur Einmischung" gehört hatte. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung wollte zusätzlich zu ihrer bisherigen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit etwas tun und schrieb im Frühjahr 1999 diesen mit insgesamt 100.000 DM dotierten Wettbewerb aus. Der Wettbewerb stand unter der Schirmherrschaft der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Marieluise Beck, und hatte zum Ziel, bundesweit Projekte und Initiativen zu unterstützen, in deren Mittelpunkt die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit steht. "Wir wollten den vielfältigen Initiativen eine Möglichkeit des Austausches bieten, die besten Praxisbeispiele finanziell unterstützen und sie einer größeren Öffentlichkeit bekannt machen", so Ralf Fücks, Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung. Mehr als 140 Initiativen aus Ost- und Westdeutschland reichten Beiträge ein. Auf einem Workshop im Juni 1999 konnten sich dann ausgewählte Initiativen mit ihren Projekten vorstellen. Die Auswahl der Gewinner war schwierig: "Am liebsten würde ich allen Projekten eine Unterstützung geben", so Chong-Sook Kang, Mitarbeiterin der Stelle für multikulturelle Zusammenarbeit der Stadt München und Mitglied der sechsköpfigen Jury. Ausgezeichnet wurden schließlich sieben Wettbewerbsbeiträge, u. a. das Projekt Conne Island aus Leipzig (Sachsen), die Aktion Noteingang aus Bernau (Brandenburg) und rap für courage aus Schwerte (NRW). www.boell.de 1/1999

"Zehn Jahre danach" war das Thema des ersten Heftes des Stiftungsmagazins www.boell.de. Die Stiftung hatte mehrere AutorInnen und Autoren zu einer Bestandsaufnahme der politischen Entwicklungen zehn Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Sowjetkommunismus eingeladen. Rolf Reißig analysiert z.B. das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland und benennt die Aufgaben einer neuen Transformationspolitik nach der Bundestagswahl. Elisabeth Weber zieht vor dem Hintergrund ihrer langjährige Erfahrungen in der Osteuropa-Arbeit eine Bilanz der letzten zehn Jahre im "Neuen Europa". Über die veränderte Situation in Kuba berichten Beat Schmid und Karin Urschel; sie stellen zudem die Projektarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung auf Kuba vor. Ein Beitrag über die Aktivitäten der medienkritischen Initiative Media Watch der Stiftung findet sich ebenfalls in diesem Heft. Das Heft ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich.

Global Governance - Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Eine Studie von Heinrich-Böll-Stiftung und WEED

Das Konzept von Global Governance macht derzeit Karriere: Von verschiedenster Seite werden die damit ins Auge gefassten internationalen Institutionen und Regelungen als Alternative zur ungebremsten globalen Entfesselung der Marktkräfte gesehen. Mit ihrer Untersuchung unterziehen die Autoren Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock und Peter Wahl dieses Konzept einer kritischen Prüfung. Sie zeigen verschiedene Defizite von Global Governance auf und kommen zu dem Schluss, dass das Konzept leider nicht hält, was es für viele verspricht.

Ulrich Brand u. a.: Global Governance: Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung und WEED, Verlag Westfälisches Dampfboot, 208 Seiten, DM 29, 80, ISBN 3-89691-471-5 (Im Buchhandel erhältlich oder bei der Heinrich-Böll-Stiftung)

"Ich bekenne mich hier ganz bewusst für eine Politik, die Gewalt nur als Ultima Ratio, nur unter ganz eingeschränkten Bedingungen einsetzt, wenn man auch alle friedlichen, alle politischen Möglichkeiten zur Konfliktlösung zu gehen bereit ist. Wenn der Gegner aber dieses nicht akzeptiert und vor allen Dingen keinerlei moralische Beschränkungen in seiner Vorgehensweise und in seiner Kriegführung kennt, bewusst Krieg mit den Mitteln des Massenterrors führt, um so die politische Landkarte der ethnischen Vertreibungen neu zeichnen zu können, dann gibt es keine andere Wahl. Wenn Europa sich weggeduckt hätte, wäre der Preis enorm gewesen. Dies hätte das Europa der Integration in seinem Kern beschädigt." Joschka Fischer

"Eine wesentliche Ursache für die Kette von Krieg und Gewalt: die Existenz autoritärer Regimes, nicht nur in Serbien. Daraus folgt, dass die Demokratisierung dieser Gesellschaften, die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen, das A und O eines erfolgreichen Friedensprozesses sein muss." Ralf Fücks

"Die Konflikte, auf die wir uns einzustellen haben, sind Konflikte, die einen schwelenden Charakter haben, [...] Konflikte, in denen sich Gemeinwesen trotz aller Globalisierung ausbilden, wie auf dem Balkan und anderswo. Damit wir uns auf diese Konflikte einstellen können, bedarf es freilich so etwas wie der Ausbildung einer außenpolitischen Kultur." Dan Diner

"Damit der Stabilitätspakt realisiert werden kann, ist es nötig, dass die Balkanstaaten bestimmte Bedingungen erfüllen: die Einrichtung eines Rechtsstaates bzw. den Schutz der Menschenrechte, die Freiheit der Medien, die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Privatisierung." Senka Nozica

6. Kunst, Kultur und Medien

Literatur- und Künstlerförderung

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Kunst und Kultur einschließlich Literaturforschung als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdruck gesellschaftlicher Selbstverständigung. Die Offenheit für andere Kulturen und Lebenswelten ist ein wichtiges Ziel der kulturellen Austauschprogramme der Heinrich-Böll-Stiftung. Regelmäßig lädt die Stiftung Künstlerinnen und Künstler aus dem Ausland für einige Monate nach Deutschland ein.

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Seit 10 Jahren fördert die Heinrich-Böll-Stiftung das Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich in der Eifel, dem früheren Wohnsitz der Familie Böll.

Im Jahr 1999 war u. a. der Schriftsteller Jovan Nikolic in Langenbroich zu Gast. Er flüchtete zusammen mit seiner Familie während des Kosovo-Krieges aus Belgrad und zählt zu den wichtigsten Roma-Künstlern der Gegenwart. Während seines Aufenthaltes in Langenbroich schrieb er das Drama "Kosova mon amour" für das renommierte Roma-Theater "Pralipe" in Mülheim a. d. R. Unter Leitung von Rahim Burhan geht das Stück im Jahr 2000 auf Deutschland-Tournee.

Als ein weiterer Gast aus Südosteuropa war der Schriftsteller Ali Podrimja für einige Monate in Langenbroich. Podrimja ist einer der anerkanntesten und bedeutendsten kosovo-albanischen Schriftsteller, der zusammen mit seiner Familie während des Kosovo-Krieges aus Pristina vertrieben wurde. Er ist Mitbegründer der Gruppe 99, einer Schriftstellergruppierung aus den Krisengebieten Südosteuropas. Am 11. Dezember 1999 wurde ihm der Nikolaus-Lenau-Preis 1999 durch die Künstlergilde Esslingen verliehen.

Außerdem waren im Jahr 1999 noch folgende Personen in Langenbroich zu Gast: Prof. Vladimir Koljazin, Schriftsteller und Theaterwissenschaftler am Staatlichen Institut für Kunstwissenschaften in Moskau (Rußland); Almelio Calderon Fornaris, Schriftsteller aus Havanna (Kuba); Mufail Ljimoni, Schriftsteller, Journalist, Komponist und Autor der Rockgruppe "Minatori" aus Pristina (Kosovo); Maryam Hosseinzadeh, Malerin aus dem Iran und Witwe des ermordeten iranischen Dichters, Schriftstellers und Menschenrechtlers Mohammad Mokthari sowie deren gemeinsamer Sohn Siavosh Mokthari, wie sein Vater Schriftsteller.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Heinrich-Böll-Hauses Langenbroich fand dort im September 1999 ein Sommerfest statt, das der Heinrich-Böll-Stiftung auch einen geeigneten Rahmen bot, Annemarie Böll, die im Herbst 1999 ihre Tätigkeit als Jurymitglied des Trägervereins beendet hat, für ihre langjährige, engagierte Tätigkeit als Jurorin und Vorsitzende des Vereins zu danken.

Stipendienprogramm

Seit 1992 unterhält die Heinrich-Böll-Stiftung in Bonn ein Projekt zur Förderung von Künstlerinnen und Künstlern aus Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Pazifischen Raum. In der internationalen Kunstszene sind Künstler dieser Regionen im Vergleich zu ihren Kollegen aus den Industriestaaten häufig erheblich im Nachteil, nicht zuletzt weil die Kunst- und Kulturgeschichte ihrer Länder einem europäischen Publikum weitgehend unbekannt ist. Um dem entgegenzuwirken und den Dialog zwischen den Kulturen zu stärken, gibt die Heinrich-Böll-Stiftung den von einer Jury ausgewählten Gästen in einem Bonner Atelier die Möglichkeit, sich für einen gewissen Zeitraum ganz der Kunst zu widmen. Nach Möglichkeit vermit-

telt die Stiftung Ausstellungen, um diese Künstler und ihre Werke einem größeren Publikum vorzustellen. Schließlich sind die Künstlerinnen und Künstler stets auch Botschafter der Kultur ihres Landes und tragen somit wesentlich zu einer Annäherung zwischen den Kulturen bei.

Im Jahr 1999 war der kenianische Maler Chain Muhandi im Atelierhaus zu Gast. Seine Kunst entwickelte sich aus dem in Kenia sehr populären Kunsthandwerk der Schildermalerei. In ähnlicher Manier hält er in farbenfrohen, sozialkritischen Bildern das städtische Leben fest, zu Hause in Kenia oder fernab im rheinischen Bonn. Seine Werke konnten in vier Ausstellungen gezeigt werden, u. a. in einer Einzelausstellung im Regierungspräsidium Darmstadt. Für die Zeit nach seiner Rückkehr plant Muhandi die nationale und internationale Förderung der Künstlerinnen und Künstler seiner Heimatstadt Ngecha Village.

Ebenso war Pascale Marthine Tayou als Stipendiat im Bonner Atelierhaus. Der Maler, Bildhauer, Installations- und Videokünstler aus Kamerun genießt ein hohes Ansehen in der internationalen Kunstszene. Zusammen mit einigen jüngst entstandenen Zeichnungen stellte Pascale Marthine Tayou auf der Galerie der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung zum ersten Mal seine Videoinstallation SOMEWHERE vor.

Das Städtische Kunstmuseum Bonn und die Stiftung für Kunst und Kultur lud Pascale Marthine Tayou ein, auch an der internationalen Ausstellung zur Jahrtausendwende in Bonn "Zeitwenden" teilzunehmen.

Friedensfilmpreis 1999

Im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin, der Berlinale, wird seit 1986 ein mit 10.000 DM dotierter Friedensfilmpreis vergeben, der seit 1996 von der Heinrich-Böll-Stiftung gestellt wird. Der Friedensfilmpreis, der unter der Schirmherrschaft der Internationalen Vereinigung der Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Berlin steht, geht auf eine Initiative von (West-) Berliner Friedensgruppen im UNO-Jahr des Friedens 1986 zurück. Ziel des Preises ist es, "Filme auszuzeichnen, die mit cineastischer Meisterschaft Humanismus und soziales Engagement vereinen, das Leben und unsere Welt mit künstlerischen Mitteln beschreiben und die Vision eines friedlichen Zusammenlebens zu einem großen Kinoerlebnis werden lassen."

Der Friedensfilmpreis ging im Jahr 1999 an den Film Güneşe Yolculuk (Reise zu Sonne) der türkischen Filmemacherin Yesim Ustaoglu. Der Film erzählt auf sensible Weise eine Liebesgeschichte und eine Geschichte der Freundschaft, die archaische Züge trägt. Sie ist eingebettet in die politisch brisanten Verhältnisse in der Türkei. Mit großer Liebe zu ihrem Land, gelingt es der Regisseurin differenziert die staatliche Repression zu zeigen und dabei auf voyeuristische Gewaltdarstellungen zu verzichten. Ein Film, der keine einfachen Lösungen anbietet und für die Brisanz der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sensibilisiert.

"Krieg in Europa" Internationale Kosovo-Konferenz am 3./4. Juli 1999

Der Krieg im Kosovo hat das politische, kulturelle und gesellschaftliche Selbstverständnis Europas tief erschüttert. Auf der internationalen Konferenz Krieg in Europa im Haus der Kulturen der Welt in Berlin suchten - neben vielen anderen Intellektuellen - Timothy Garton Ash, Herta Müller, György Konrad, Ismail Kadaré, André Glucksmann, Istvan Eörsi und Marlene Streeruwitz nach den Gründen für den Krieg auf dem Balkan und den Möglichkeiten einer Reintegration der sogenannten "Balkan-Länder" in eine gesamteuropäische Zukunft. Im Zentrum der Vorträge und Diskussionen standen vor allem drei Fragen: Welche Verantwortung haben Intellektuelle an Mythenbildungen bei Begriffen wie "Nation" und "Volk", in deren Namen sich in Südosteuropa die blutigsten Konflikte entzündeten? Wo und wie können Kulturschaffende und Kulturvermittler zur Überwindung geschlossener Grenzen und Systeme bei-

tragen? Wie ist die NATO-Intervention, die Rolle der USA und der vereinten Nationen einzuschätzen, wurden hier Weichen gestellt für eine neue internationale Politik?

Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Konferenz war die Stärkung einer Schriftstellergruppe aus den Krisengebieten, die sich im Herbst auf der Frankfurter Buchmesse offiziell als "Gruppe 99" konstituierte. Aufgrund der nach wie vor andauernden kriegsbedingten Spannungen in Südosteuropa ist für das Jahr 2000 eine Nachfolgekonzferenz unter dem Titel "Balkan und Europa" geplant.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Haus der Kulturen der Welt und dem Staatsminister für Kultur und Medien statt.

Ratschlag Medienpolitik: Digitale Medien - analoge Medienpolitik

Die EU-Kommission hat 1997 mit dem "Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen" nicht nur eine Diskussion initiiert, sondern dem Problembündel auch gleich einen Namen gegeben: "Konvergenz". In der seitdem geführten "Konvergenzdebatte" geht gelegentlich die notwendige Differenzierung des Begriffes verloren. Was ist gemeint, wenn von "Konvergenz" die Rede ist, welche Interessen sind mit welcher Sichtweise verbunden und was für politische Schlussfolgerungen lassen sich jeweils ziehen? Wer und was konvergiert denn eigentlich die Technik, die Angebote, die Inhalte, die Branchen, das Nutzerverhalten oder gar die Regulierungsstrukturen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung "Digitale Medien - analoge Medienpolitik", die im Rahmen des "Ratschlags Medienpolitik" im September 1999 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstaltet wurde.

Im Referat des Medienjournalisten Jürgen Bischoff ging es um die technische Konvergenz, die durch die zunehmende Digitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht wird. Bischoff war der Überzeugung, dass die digitalen Technologien insgesamt anders zusammenwachsen würden, als es heute noch propagiert werde. Angesichts begrenzter finanzieller Budgets, Nutzergewohnheiten sowie unklarer Verbrauchervorteile sei das technisch Mögliche auf dem Gebiet der Multimediaelektronik nicht unbedingt auch gesellschaftlich durchsetzungsfähig.

Über politische und ökonomische Aspekte der Digitalisierung sprach Prof. H. J. Kleinsteuber von der Universität Hamburg. Er beschrieb den Prozess der "Medien-Mogulisierung" auf dem deutschen Medienmarkt, auf dem die beiden unternehmerischen Senderfamilien Kirch und Bertelsmann mit den beiden großen Parteien Standortvorteile gegen Wahl- und Politikunterstützung tauschen. Die anhaltende Tendenz der Medienkonzentration, die nicht nur Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern zu beklagen sei, werde zu einer realen Bedrohung für die gesamte politische Kommunikation, für die Breite und Offenheit, die ein demokratisches und pluralistisches politisches System zum Überleben brauche. Kleinsteubers Kritik galt auch der bisherigen deutschen Technologiepolitik, die vom engen Schulterschluss politischer und ökonomischer Eliten lebe und deren besondere Leitvorstellungen über Zukunftsgestaltung widerspiegele. Themen wie Medienkonzentration, Werbung, Pay-TV, Jugendschutz, Internet-Zensur oder Datensicherheit finden so kaum Gesprächspartner in der großen Politik und beschäftigen immer nur Teilöffentlichkeiten. Das Thema "Medienpolitik" liege daher weitgehend brach. Kleinsteubers Fazit: Die Grünen müssten in den aufgeführten Themenfeldern mehr investieren und versuchen, die Meinungsführerschaft aufzubauen.

Der Medienjurist Dr. Wolfgang Schulz vom Hans-Bredow-Institut setzte sich mit den Mythenbildungen bei der Diskussion der Phänomene "Konvergenz", "Globalisierung" und "Verschwinden von Staat und Recht" auseinander und problematisierte deren Auswirkungen auf das Wie und Ob der rechtlichen Regulierung der Medien. Er widersprach den heute gängigen Forderungen, die eine Medienregulierung durch Staat und Politik zugunsten einer rein

wettbewerbsrechtlichen Marktregulierung ablehnen. Ein in seinen Augen zukunftsfähiges Regulierungskonzept müsse eine intelligente Verknüpfung von Selbst- und Fremdregulierung in der Medienpolitik erreichen. Notwendig sei eine Diskussion, bei der die primären Ziele einer zukünftigen Kommunikationsordnung festgelegt würden. Dazu zählten sowohl Ziele zum Schutz "kommunikationsbezogener Interessen" - wie Vielfaltsicherung, Sicherung kommunikativer Chancengleichheit, Infrastruktursicherung, Unterscheidbarkeit von Werbung und Programm - als auch solche, die dem Schutz nicht-kommunikationsbezogener Interessen dienten. Als Beispiele nannte Schulz den Jugendschutz, den Persönlichkeits- und Ehrschutz (einschl. Datenschutz), den Schutz geistigen Eigentums, die Sicherung von Innovationsoffenheit sowie den Verbraucherschutz, bei dem gerade in Deutschland besondere Defizite zu beobachten seien. Darüber hinaus müsse eine zukunftsfähige Kommunikationsordnung auch noch weitere Ziele verfolgen: Förderung von Wirtschaft und Innovation; Schaffung sicherer Grundlagen für Online-Rechtsgeschäfte; Sozialstaatlichkeit; Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Völkerverständigung.

Schulz führte weiterhin aus, dass die Steuerung gesellschaftlicher und politischer Prozesse im Bereich Medien und Kommunikation ein "lernfähiges Recht" benötige. Es dürfe sich weder beliebig den Veränderungen der Realität anpassen, noch dürfe es den immer rascheren gesellschaftlichen Wandel und die fortschreitende Komplexität der Regelungsfelder ignorieren.

Die DDR-Liedermacher und die Wende Ein Seminar der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Eine Dekade nach der "Revolution" trafen sich am Pfingstwochenende 1999 Liedermacherinnen und Liedermacher aus der ehemaligen DDR auf Burg Waldeck, einem traditionellen Treffpunkt der (west-) deutschen Liedermacherszene seit den 60er Jahren, und hielten kritische Rückschau. Die Einladung erfolgte im Rahmen der Veranstaltungsreihe "10 Jahre danach" unter dem Titel "Die DDR-Liedermacher und die Wende".

Zu Beginn der Veranstaltung gab Bernd Lindner vom Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig einen historischen Einblick und löste neben einer Menge Nachfragen eine breite Diskussion im Forum aus. In den anschließenden Workshops "Zwischen Fördervertrag und Auftrittsverbot" und "Morgen haun wir auf die Pauke" diskutierten Akteure von damals, u. a. die Journalistin Petra Schwarz, die Liedermacher Arno Schmidt, Hans Eckhardt Wenzel, Jürgen Eger und Jens-Paul Wollenberg, über die Arbeitsbedingungen in der DDR und die unterschiedlichen eigenen Sichtweisen und Ziele im Herbst '89. Bei allen Beschränkungen durch den Staat konnten die Künstlerinnen und Künstler - oft zwischen den Zeilen - auch in der DDR vieles ansprechen und vermitteln. Das Publikum war aufmerksam, und es gab immerhin an die 120 hauptberufliche Liedermacher. Heute können nur noch fünf oder sechs von ihnen vom "Liedermachen" leben. Wo Andeutungen zwischen den Zeilen nicht mehr nötig sind, wird auf das Gesagte weniger gehört, sind Liedermacher als Zeitungsersatz überflüssig.

Die "Revolution" endete anders, als es viele der Künstler erhofft hatten. Ihnen, die aufgefordert hatten, die Lösung der Probleme selbst in die Hand zu nehmen, blieb aus materiellen Gründen oft nur der Ausstieg aus dem Kulturbetrieb. Auch wenn niemand vom Podium zu den Verhältnissen von vor 1989 zurück wollte - die Möglichkeiten der politischen Partizipation im vereinigten Deutschland wurden mit Skepsis betrachtet. Konzerte rundeten das Programm um einige Erkenntnisprozesse zur deutschen Vergangenheit ab. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck und dem Verein Lied und soziale Bewegung statt.

Zwischen alt und neu - Literatinnen in Mittel-, Süd- und Osteuropa

Sechs Schriftstellerinnen aus fünf Ländern Mittel-, Süd- und Osteuropas waren vom 11. 11. - 9. 12. 1999 in der Museumsakademie Berlin zu Gast. In ihren Herkunftsländern genießen sie alle schon eine gewisse Popularität, in Deutschland ist bisher nur eine, Swetlana Alexije-

witsch aus Weißrußland, einem größeren Publikum bekannt geworden. Initiiert wurde die Lesereihe mit dem Ziel, den hierzulande noch unentdeckten Schriftstellerinnen in ihrer Funktion als gesellschaftliche Seismographinnen für die Umbruchsituationen in ihren jeweiligen Ländern ein Forum zu verschaffen. In Berlin, als neuer Drehscheibe zwischen Ost und West, sollte ein gemeinsamer Dialog gesucht werden.

Die Veranstaltungsreihe begann mit einer gemeinsamen Lesung von Ljubica Ostojic, Dichterin, Theaterkritikerin und Dramaturgin, und Jasmina Musabegovic, Autorin, Literaturkritikerin und Übersetzerin - beide aus Bosnien-Herzegowina. Am zweiten Abend las die, heute in der Schweiz lebende, slowakische Journalistin und Schriftstellerin Irena Brezna. Der dritte Abend gehörte der Weißrussin Swetlana Alexijewitsch. Sie hat bereits zahlreiche Werke in dem ihr eigenen Stil der dokumentarischen Prosa veröffentlicht. Ihre letzte Veröffentlichung "Tschernobyl - Eine Chronik der Zukunft" unterliegt noch immer dem Publikationsverbot. Mit Nora Iuga war eine Übersetzerin und Dichterin aus Rumänien zu Gast, die bereits zahlreiche Lyrikbände und zwei Romane veröffentlichte. Zum Schluss der Lesereihe kam Olga Tokarczuk in die Museumsakademie. Sie gilt als große Entdeckung der polnischen Literatur und ist im Jahr 1999 zum wiederholten Mal für den höchsten polnischen Schriftstellerpreis nominiert worden.

Mit Ausnahme der Lesung Swetlana Alexijewitschs, wurde leider wieder einmal deutlich, wie schwer es doch unbekannte Autorinnen aus Osteuropa haben, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit zu gewinnen.

Differenz in der Einheit

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer treten die Unterschiede der beiden Teilkulturen Ost- und Westdeutschlands immer deutlicher zutage. Egal ob es sich um aktuelle politische Debatten handelt, um das Alltagsverhalten in der Familie oder gegenüber Ausländern oder um die verschiedenen Lese- und Fernsehgewohnheiten. Überall zeigt sich, dass das menschliche Zusammenwachsen wesentlich länger braucht als die Vereinigung der Institutionen. Woran liegt das? Sind es unabänderliche kulturelle Eigenarten oder handelt es sich um unterschiedliche Orientierungen, politische Einstellungen und mentale Prägungen? Und wie soll damit umgegangen werden? Während die einen das Problem am liebsten leugnen oder dem Selbstlauf überlassen möchten, dramatisieren es die anderen und entwerfen ständig neue Gegenstrategien. Sollte mit dieser Differenzkultur in einem föderalen Verfassungsstaat bewusst und bejahend umgegangen werden oder gilt es, möglichst bald einen breiten Grundkonsens über die politische und gesellschaftliche Kultur herbeizuführen?

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat zahlreiche Autoren angeregt, sich auf originelle und neue Art mit dem Thema zu beschäftigen, wodurch ein vielschichtiger und lebendiger Band entstanden ist, der Essays, Gespräche und Reden enthält.

Heinrich-Böll-Stiftung und Lothar Probst (Hrsg.): Differenz in der Einheit - Über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West. Mit Beiträgen von Michael Rutschky, Richard Schröder, Marianne Birthler, Ralf Fücks, Diedrich Diederichsen u. v. a., Chr. Links Verlag, 216 Seiten, DM 24, 80, ISBN 3-86153-196-8. (Das Buch ist im Handel oder bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin erhältlich.)

Das Heinrich-Böll-Archiv

Seit Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahre 1989 besteht ein intensiver Arbeitskontakt mit dem Heinrich-Böll-Archiv in Köln. Die Auswertung des im Archiv lagernden Materials zu Leben und Werk Heinrich Bölls geschieht sowohl im Hinblick auf seine gesamte Erschließung als auch bezüglich der besonderen Erfordernisse der bildungspolitischen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Im Jahr 1999 lag der Schwerpunkt vor allem auf der bisher noch unerschlossenen Kindheits-, Jugend- und Frühzeit der Biographie. Ziel dieser Arbeit ist, die in der

weiteren Entwicklung dominanten Stränge - Religiosität, literarische Einflüsse des "Renouveau catholique" etc. - so aufzuarbeiten, dass eine die Biographie und Sozialgeschichte integrierende Gesamtsicht auf diese Phase in einer wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Form der weiteren Auswertung zur Verfügung steht.

1999 hat auch die Arbeit an der Kommentierten Kölner Ausgabe der Werke Heinrich Bölls begonnen. Nähere Informationen hierzu bietet der von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebene Einführungsband "Einem Autor folgen ...".

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit im Heinrich-Böll-Archiv war die Konzeption einer Publikationsreihe mit dem Titel "Positionen". Durch diese zunächst auf sechs Bände angelegte Reihe soll das inzwischen literaturhistorisch eingeordnete Werk Heinrich Bölls für die zeitgenössische Rezeption neu erschlossen werden, um neue Anregungen - in biographischer wie werkgenetischer Perspektive - zu ermöglichen. Ergänzt um Kommentar und Nachwort, werden herausragende Einzeltexte Heinrich Bölls in wissenschaftlich zuverlässiger Form herausgegeben, um - dem Reihentitel entsprechend - "Positionen" Heinrich Bölls zu benennen. Die Reihe soll diese Positionen als nicht nur zeitbedingte, sondern zeitübergreifende Artikulation eines Denkens in gesellschaftlicher Verantwortung herausstellen. Im Jahre 1999 erschien als erster Band der Text "Versuch über die Vernunft der Poesie". Mit den "Frankfurter Vorlesungen" wird in diesem Sommer der zweite Band folgen.

Darüber hinaus war das Heinrich-Böll-Archiv als zentrale Auskunftsstelle zu Leben und Werk Heinrich Bölls im Jahr 1999 weiterhin durch die Bearbeitung von Fragen aus Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit in der Informationsvermittlung tätig. Hierzu gehörte auch die Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten sowie die Durchführung von Vortrags- und Informationsveranstaltungen für schulische und universitäre Gruppen.

"Der Nationalismus, wie er uns heute in Osteuropa begegnet, ist die Verlängerung der Feindbilder der kommunistischen Diktatur." Herta Müller

"Krieg ist einer der Begriffe, denen in keiner Weise durch eine Bearbeitung beizukommen ist. Es handelt sich um eines jener Mysterien, deren Studium schon kontaminiert." Marlene Streeruwitz

Aus der Wende-Bilanz von Gerhard Schöne (September 1990):

All das Jammern und das Klagen
schlägt mir langsam auf den Magen.
In mir kämpfen wilde Flüche, nanana
Gegen Optimismussprüche, hopsasa.
Warum bin ich trotzdem fröhlich?
Ich kann sagen, was ich denke,
ohne dass ich mich verrenke.
Keiner brauch' sich mehr aufgeilen, nanana,
an den Worten zwischen Zeilen, hopsasa
Warum bin ich trotzdem traurig?

Nora Iuga

Die Leere auf dem weißen Papier
was für eine stunde dies / wie ein korkenzieher
in meine angst gestoßen und zwölfmal umgedreht
die erde und all ihre innereien
nichts als leidenschaft und gewalt
eine schreibmaschine ohne schreibefinger
auf dem weißen papier
gerät die leere ins fließen
und dante ist für mich glaubwürdiger
als der klaffende bauch des pferdes
hinter geschlossenen lidern
lesen meine augen nicht
sie sehn bloß die zeichen des dunstes
der dem moor entsteigt

7. Kommunalpolitische Infothek

Seit April 1998 existiert das von der Heinrich-Böll-Stiftung initiierte Projekt einer "Kommunalpolitischen Infothek".

Die Infothek ist im Kern eine Datenbank, die über das Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Sie enthält Fachtexte, Verweise auf andere Internet-Quellen, Rezensionen, Literaturhinweise und Adressen, außerdem aktuelle Nachrichten und Beratungs- sowie interaktive Angebote. Geplant sind weiterhin ein Veranstaltungskalender, Diskussionsforen und weitere Beratungsangebote.

Das Projekt soll allen, die sich mit Kommunalpolitik beschäftigen, die Möglichkeit einer schnellen und effizienten Recherche nach Quellenmaterial und Fachinformationen bieten. Es richtet sich nicht nur an politisch Aktive in Gemeinde- und Kreisvertretungen und in kommunalpolitischen Initiativen, sondern ebenso an Beschäftigte in der Verwaltung, an Lehrende und Lernende in Schulen und Universitäten und an Bürgerinnen und Bürger, die sich verstärkt über Themen lokaler Politik informieren wollen.

Im Jahr 1999 stand der Aufbau eines umfassenden Angebots an Fachinformationen im Vordergrund. Für die fachliche Qualität des Angebots garantieren die Kooperationspartner, an erster Stelle die Fachzeitschrift *Alternative Kommunalpolitik* und die Grünen und Alternativen in den Räten NRW. Das Kooperationsnetz wurde weiter ausgebaut; seit April 1999 gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Verkehr und Umwelt - UMKEHR e. V. (Dachverband der Verkehrs-Bürgerinitiativen).

Seit November 1999 bietet die Infothek versuchsweise eine individuelle Beratung zu verkehrspolitischen Fragen an. Darüber hinaus gibt es ein Schwarzes Brett und die Möglichkeit, gezielt nach Kontakten zur Klärung fachlicher Fragen zu suchen. Die Kommunalpolitische Infothek ist unter www.kommunale-info.de im Internet zu finden. Kontakt auch per Mail (infothek@boell.de) oder telefonisch: 030-28534-247 (Wolfgang Pohl).

8. Studienwerk

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Graduierte aller Fachrichtungen und Nationalitäten, die Überdurchschnittliche wissenschaftliche Leistungen mit der nachweisbaren Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung und einer aktiven Auseinandersetzung mit den Zielen der Stiftung verbinden. Dabei ist das Studienwerk einem Bildungsbegriff verpflichtet, der Ausbildungsqualifikation, interdisziplinäre und interkulturelle Bildungsperspektiven mit dem Anspruch auf Persönlichkeitsbildung verbindet. Mit dieser Verpflichtung und seiner Realisierung in Förderpolitik und Förderprogrammen versucht das Studienwerk, zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und zum Dialog zwischen Politik und Wissenschaft beizutragen.

Vor diesem Hintergrund fördert das Studienwerk aktiv und gezielt

- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte aus unterschiedlichen Perspektiven und Fachrichtungen heraus zu den Schwerpunkten der Stiftung beitragen;
- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte zur fachübergreifenden Diskussion zwischen Technik-/Naturwissenschaften und Sozial-/Geisteswissenschaften beitragen;
- Frauen, insbesondere in naturwissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Disziplinen;
- Programme, die Wissenschaft und außeruniversitäre Praxis ins Verhältnis setzen;
- Programme, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik anregen.

Das hauptamtliche zehnköpfige Team des Studienwerks wird von einer großen Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter unterstützt: von Über 150 Vertrauensdozentinnen und -dozenten, dem Fachbeirat Studienwerk, den verschiedenen Auswahlgremien wie den Selbst- und Mitbestimmungsstrukturen und -gremien der rd. 400 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Jährlich können 80-100 Stipendien neu vergeben werden. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen ein und drei Jahren.

Entwicklung des Studienwerkprogramms

Im Jahr 1999 konnten die "Kerngeschäfte" in der Zusammenarbeit zwischen dem Studienwerk, den anderen Abteilungen der Stiftung und den Stipendiatinnen und Stipendiaten weiter entwickelt werden. Hierzu zählen neben den mehrstufigen Auswahlverfahren die einführenden Grundseminare Für die jeweils 60 neu aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Arbeit der Regionalgruppen ebenso wie die Foren zu Themen wie "Politische Ökologie", "Feminismus" und "Medien", die in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Abteilungen der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt werden. Neben den "Klassikern" wurden auch experimentelle Formen aus dem Vorjahr erneut erprobt: so zum Beispiel der SommerCampus, der in einer neuntägigen Reihe unter dem Themenfokus "Interkulturalität" verschiedene Seminar- und Qualifikationsangebote bündelt. Darüber hinaus kam es erstmalig zur Ausschreibung für das Pilotprojekt der Promovierendenkolloquien mit einer ein- bis zweijährigen Laufzeit. Unter der Themenstellung "Gedächtnispolitik" sowie "Identität und Differenz" sind die Kolloquien als Möglichkeit gedacht, die Einsamkeit des Forschungsprozesses zu verlassen und die jeweiligen Arbeitsfelder in einen übergreifenden Diskussionszusammenhang zu stellen.

Vor allem durch Promotionskollegs gibt es eine enge Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Stiftung. Im Herbst 1999 startete das an das Feministische Institut angebundene Kolleg "Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext". Für das Jahr

2000 ist ein Kolleg mit dem Schwerpunkt "Informations- und Gentechnologie" in Kooperation mit der Grünen Akademie vorgesehen. Es gab auch ein Novum in der Geschichte der deutschen Begabtenförderung: Im Anschluss an die Internationale Konferenz "Beyond Growth - nachhaltige Entwicklung versus Wirtschaftswachstum?" veranstaltete das Studienwerk gemeinsam mit dem Referat Ökologie und Nachhaltigkeit ein Intensivseminar zum Thema "Fundamentals of Ecological Economic - Grundlagen der ökologischen Ökonomie". Die Stipendiatinnen und Stipendiaten bekamen die Möglichkeit, mit renommierten Konferenzteilnehmern wie Herman E. Daly, Sabine O'Hara und Manfred Max-Neef über die transdisziplinären und methodenpluralistischen Ansätze der ökologischen Ökonomie zu diskutieren.

Einem ähnlichen Prinzip folgte die Beteiligung der "Heinrich-Böll-Stipendiaten" an der 2. Studieninitiative auf Einladung der BASF. In sechstägigen Akademietagungen in Ludwigshafen und einem zehntägigen Studiencamp an einem BASF-Standort im Ausland hatten insgesamt 60 Stipendiatinnen und Stipendiaten verschiedener Studienstiftungen Gelegenheit, sich mit der Unternehmensphilosophie und -praxis sowie der Außendarstellung eines global operierenden Unternehmens der chemischen Industrie auseinander zu setzen. International und multidisziplinär zusammengesetzte Gruppen vertieften ihre Kenntnisse und Erfahrungen zu den Themen "Globalisierung", "Nachhaltige Entwicklung" sowie "Bio- und Gentechnologie".

In Zusammenarbeit mit der Universität Erfurt veranstaltete die Stiftung im Wintersemester 1999/2000 die "Erfurter Universitätsreden" zum Thema "Universitäten in der Wissensgesellschaft", um den Übergang in das Zeitalter der Wissens- und Informationsgesellschaft und seine möglichen Folgen für die Universität als traditionellen Ort der Vermittlung und Bewahrung von Wissen zu diskutieren.

Das Sur-Place-Programm

Das Studienwerk unterstützt seit mehreren Jahren in Kooperation mit russischen Partnerorganisationen ein Programm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. In diesem Rahmen werden jährlich 28 Stipendien in den Forschungsfeldern "Repressionsgeschichte", "Menschenrechte" und "neuere soziologische Fragestellungen" vergeben. Beim Jahrestreffen im Oktober in St. Petersburg stellten die Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Forschungsergebnisse vor. Erstmals konnte das Studienwerk auch einigen Stipendiaten aus Deutschland mit verwandten Arbeitsschwerpunkten die Teilnahme an dieser Konferenz ermöglichen.

Internship-Programme

Eine weitere externe Kooperation ist das Angebot spezieller internships im Praxisbegleitprogramm des Studienwerks. In den USA haben erfreulich viele Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen "Umwelt" und "Gender" ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Praktikantinnen und Praktikanten der Heinrich-Böll-Stiftung erklärt. Darüber hinaus besteht für Stipendiatinnen und Stipendiaten die Möglichkeit, in einem der Auslandsbüros oder einem der von der Stiftung geförderten Auslandsprojekte ein Praktikum zu absolvieren. Außerdem hat das Studienwerk, in Zusammenarbeit mit jährlich wechselnden Länderbildungswerken, die Begleitung des Internationalen Bundestagspraktikanten-Programms übernommen. In diesem Internship Program arbeiten vorzugsweise Graduierte, die eine internationale Karriere insbesondere auf Regierungsebene bzw. im öffentlichen Sektor anstreben, im Büro eines bzw. einer Bundestagsabgeordneten mit. Das Einführungs- und Begleitprogramm umfasst auch Seminare anderer politischer Stiftungen - mit dem Ziel, einen breiten Einblick in das politische System bzw. Leben in der Bundesrepublik zu geben.

Ehrenamtliche Arbeit

Für die Qualität der Arbeit des Studienwerks ist die Zusammenarbeit mit den Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten von großer Bedeutung. Inzwischen konnte das Netz an

Gutachtern und Hochschulbeauftragten ausgebaut werden. Im Rahmen zweier Tagungen waren alle Vertrauensdozentinnen und -dozenten eingeladen, mit dem Stiftungsvorstand und dem Studienwerk über die Arbeitsschwerpunkte und Möglichkeiten der Stiftung sowie die Förderpolitik zu diskutieren.

Perspektiven und Aufgaben

Der weitere Aufbau eines tragfähigen, internationalen follow-up-Programms ist eine der großen Aufgaben des Studienwerks neben dem Auswahlprozess und einem anspruchsvollen, mehrdimensionalen Förderprogramm. Mit solch einem "Ehemaligen-Programm" will die Stiftung mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten nach der Förderzeit für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch in Kontakt bleiben.

Die Arbeit des Studienwerks wird aus Mitteln des Bundesministeriums Für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministerium des Innern (BMI) in folgender prozentualer Verteilung finanziert, wobei der Haushalt des Studienwerks 1999 in Höhe von 6.556.226 DM 100 Prozent entsprechen (siehe oben).

9. Feministisches Institut

Der konzeptionelle Schwerpunkt des Feministischen Instituts liegt in der politischen Partizipation von Frauen: Die politische Präsenz von Frauen soll gestärkt, Politikformen reflektiert und Politikberatung angeboten werden.

Das vergangene Jahr diente vor allem noch dem Aufbau des Instituts. Dem galt auch eine zehntägige Informationsreise in die USA, der Heimat der feminist think tanks. In New York und Washington trafen sich die Mitarbeiterinnen des Instituts mit unabhängigen Frauengruppen und mit Vertreterinnen von Gender-Ansätzen aus Organisationen wie UniFem oder Worldbank. Dabei ließ sich die Beobachtung machen, dass es in den USA weniger "Rekrutierungsprobleme" bei jungen Frauen gibt als in Deutschland, obwohl Feminismus dort als no-word gilt und Institute wie Organisationen mehr mit dem Begriff women arbeiten. Die geknüpften Kontakte bilden eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau der transatlantisch-feministischen wie entwicklungspolitischen Dialoge.

Besonderes Interesse fand im vergangenen Jahr das virtuelle Standbein des Instituts, GLOW (www.glow-boell.de). Das interaktive Bildungs- und Informationsprojekt, das sich an eine feministische world community wendet, konnte im Herbst '99 erstmals eine Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung ("Gender und Globalisierung") durch ein interaktives Online-Forum begleiten. Für das Jahr 2000 ist in Kooperation mit dem MIT-Women's Studies Departement (Cambridge/Massachusetts) und der Universität Münster ein gemeinsames Online-Seminar zum Thema "International Women's Voices" geplant.

Auch das Ladies Lunch konnte etabliert werden. In vierteljährlichem Rhythmus treffen sich aus dem grünen Spektrum Frauen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, um Informationen auszutauschen und eine bessere Vernetzung aufzubauen. Als Schirmherrin konnte die Berliner Politikerin Renate Künast gewonnen werden. Diese Form des networking stieß auf breites Interesse und wird im Jahr 2000 unter dem Schwerpunkt "Frauen und Medienstrategien" fortgesetzt.

Gemeinsam mit dem Studienwerk schrieb das Feministische Institut fünf Promotionsstipendien zum Thema "Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext" aus. Für die wissenschaftliche Begleitung konnten Prof. Dr. Ilse Lenz, Universität Bochum, sowie Prof. Dr. Ursula Müller, Universität Bielefeld, gewonnen werden. Das ab April 2000 parallel dazu laufende interdisziplinäre Promotionskolleg soll virtuell aufbereitet werden.

In Zusammenarbeit mit dem Programmteam Zeitgeschichte der Heinrich-Böll-Stiftung konnte die neue Gesprächsreihe "Militär und Geschlecht" realisiert werden. Den ersten Vortrag hielt die Politologin Francine D'Amico zum Thema "Gender, Krieg und militärische Strukturen". Auch diese Reihe wird fortgesetzt.

Als Dokumentation beim Feministischen Institut erhältlich sind die Ergebnisse der Ringvorlesung "Gender in der Nord-Süd-Arbeit", die das Feministische Institut in Kooperation mit dem Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin im Wintersemester 98/99 durchführte. Im Buchhandel erhältlich ist auch die Dokumentation "Wie weit flog die Tomate? Westdeutsche Frauenbewegung 1968-98". Die Publikation versammelt alle im Oktober 1998 gehaltenen Vorträge, u. a. von Helke Sander, Marlene Streeruwitz, Viola Roggenkamp und Ingrid Mieth. Ein 25minütiger Dokumentarfilm über diese Veranstaltung kann beim Institut bestellt werden.

Für die kommenden Jahre plant das Feministische Institut u. a. eine Inspektion der jüngsten Frauenbewegungen, also: Gender + Pop + Feminism.

10. Grüne Akademie

Das Jahr 1999 kann - nach einigen Premieren und Auftaktveranstaltungen - als das eigentliche Gründungsjahr der Grünen Akademie angesehen werden. Im Januar traf sich erstmals der achtköpfige Vorstand und legte in mehreren Sitzungen die inhaltliche Ausrichtung der Akademie und deren rund fünfzig ehrenamtlichen Mitglieder fest.

Die Wahl der Mitglieder erfolgte dabei nach den Kriterien der interdisziplinären Zusammensetzung, der Fachkompetenz und der Querschnittsqualitäten. Zudem achtete die Akademie auf ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter, der angemessenen Beteiligung mehrerer Generationen und der Einbeziehung der Perspektiven aus Ost wie West.

Für einen begrenzten Zeitraum von zwei bis drei Jahren werden sich die Mitglieder an einem selbst gewählten, interdisziplinären und politisch relevanten Diskussions- und Arbeitsprozess beteiligen. Auf ihrer ersten gemeinsamen Versammlung im Juni 1999 bildeten sich Arbeitsgruppen zu den Themenschwerpunkten "Europa 2010" und "Zukunftstechnologien". Im Hinblick auf identitätspolitische, ökonomische und institutionelle Aspekte diskutiert die Arbeitsgruppe Europa die Frage nach den Grenzen Europas bzw. des europäischen Projekts. Die Arbeitsgruppe Zukunftstechnologien befasst sich unter dem Blickwinkel von Innovation und Risikofolgenabschätzung mit Bio-/Gentechnologie sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Als Ergebnis des Diskussionsprozesses soll am Ende jeder Arbeitsphase eine Publikation stehen.

Die Mitgliederversammlungen der Akademie sind auch stets Anlass für interessante Vorträge. Im vergangenen Jahr gab es zum Beispiel das äußerst kontrovers diskutierte Impulsreferat des italienischen Philosophen Angelo Bolaffi, der die These vertrat, der Krieg in Jugoslawien sei als "Katharsis" zu begreifen, als das Ereignis, das der Vereinigung Europas den Weg bahne. Franz Josef Radermacher, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Ulm, stellte auf einer anderen Versammlung seine Überlegungen zu einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung vor, und Ina Wagner, Professorin für Multidisziplinäres Systemdesign an der TU Wien, analysierte die neuen Medien als Weg der Standardisierung von Arbeits-, Lebens- und Verhaltensprozessen. Die beiden letztgenannten Beiträge stehen unter www.gruene-akademie.de zum Download bereit. Zukünftig werden dort auch eine Reihe weiterer Vorträge zu finden sein.

Für das Jahr 2000 ist im Rahmen der Grünen Akademie eine "Sommerakademie" zum Thema "Zukunftstechnologien" vorgesehen, Anfang 2001 wird die Arbeitsgruppe Europa einen Kongress zum Thema "Grenzen Europas" veranstalten. Insgesamt folgt die Akademie einem langfristig angelegten Reflexionsprozess, getreu dem Motto: "Informationen sind schnell, Wahrheit braucht Zeit."

Auszug aus: "Der Standort Deutschland im Rahmen der Globalisierung: Herausforderung für Deutschland und die Unternehmen" von Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher

"Eine zentrale Herausforderung beim Übergang in ein neues Jahrtausend heißt nachhaltige Entwicklung. Die Erde ist heute bedroht durch eine immer rascher wachsende Weltbevölkerung, den ungebremsten Verbrauch von Ressourcen, die zunehmende Erzeugung von Umweltbelastungen und schließlich die immer raschere Beschleunigung von Innovationsprozessen, die letztlich zu einer Unregierbarkeit unserer Gesellschaften führen können. Die Hoffnung, dass der technische Fortschritt, z. B. in Form einer zunehmenden Dematerialisierung (Erhöhung der Ressourcenproduktivität), die resultierenden Probleme lösen wird, hat sich bis heute nicht erfüllt. Das ist u. a. eine Folge des sogenannten Rebound-Effekts, der im Kern dazu führt, dass Einsparungen, die aus technischen Fortschritten resultieren könnten, sofort in vermehrte Aktivitäten umgesetzt werden.

Informations- und Kommunikationstechnologie (IT) ist für die beschriebenen Prozesse der Globalisierung ein ganz wesentlicher Faktor. Einerseits wirkt IT "empowernd", erlaubt weltweit Menschen, sich effizient in den Wirtschaftsprozess einzubringen, ist damit indirekt eine wichtige Ursache für den Abfluss von Arbeit aus den Industriestaaten. Dieser Prozess erfordert dringend globale Vereinbarungen. Zum einen werden die Schwellenländer ökonomisch stärker. Zum anderen erzeugen sie in der Folge ähnliche Umweltbelastungen wie wir, erzwingen damit Verhandlungen, wenn katastrophale globale Umweltverhältnisse vermieden werden sollen. IT ist andererseits Teil der Lösung, denn Informations- und Kommunikationstechnik ermöglicht besonders weitgehende Effekte der Dematerialisierung durch Technik; zu denken ist hier an Telearbeit, Teleshopping, Telekooperation, Telemedizin, Teleausbildung, Optimierung von Verkehr durch Telematik. Bei Vermeidung von Rebound-Effekten durch geeignete gesellschaftliche Rahmenbedingungen eröffnet Informations- und Kommunikationstechnik daher gute Chancen für langfristige, tragfähige Lösungen. Noch nie war es so preiswert und umweltverträglich möglich, Menschen überall auf der Welt in gleichberechtigter Weise in die weitere Entwicklung einzubeziehen. Internationale Teleausbildung ist hier ein besonders vielversprechender Ansatz.

Allerdings zeigt die Historie der Entwicklung der Informations-Technologie, dass trotz dramatischer Dematerialisierung etwa bei Rechnern von Großrechnern zu Personal-Computern oder bei der Ersetzung von Dienstreisen durch Telekommunikation und Video-Konferenzen, insgesamt auch hier der Rebound-Effekt wirksam ist und dass wir heute durch die Vermehrung der Anzahl der von jedem einzelnen bearbeiteten Prozesse und durchgeführten Aktivitäten wiederum zu einer Vermehrung der Gesamtbelastung der Umwelt kommen. Dies betrifft zum einen die dramatisch gewachsene Zahl der eingesetzten Rechner, zum anderen die Tatsache, dass wir heute insgesamt mehr reisen als früher (wenn auch weniger pro Einzelaktivität), und dies zusätzlich zu einer breitflächigen Nutzung der Telekommunikation, die uns gerade auch auf Reisen eine enge Einbindung in entfernte Arbeitsprozesse und dadurch ein vermehrtes Reisen praktisch ermöglicht.

Aufgrund des Gesagten ist es nicht klar, wohin sich die Welt in der weiteren Globalisierung entwickeln wird. Es ist aber absehbar, dass die Schwierigkeiten unter allen absehbaren Szenarien massiv sein werden. Eine friedliche Bewältigung der absehbaren Herausforderungen kann wohl nur im Rahmen weltweiter Lösungen erfolgen, also im Rahmen von Vereinbarungen zwischen Nord und Süd, Ost und West, die allen Menschen auf diesem Globus eine positive Perspektive für die Zukunft versprechen (neuer Gesellschaftsvertrag). Dies erfordert das graduelle Schließen der heute unerträglich großen Differenz zwischen Reich und Arm, aber ebenso die weltweite Durchsetzung - und Mitfinanzierung - von Umwelt- und Sozialstandards. Dies würde den Weg in eine nachhaltige Entwicklung marktwirtschaftlich absichern, bestimmte "Dumping-Mechanismen" in ihrem Umfang limitieren und damit auch unsere Sozialsysteme zu stabilisieren erlauben.

Zu erreichen wäre dies insbesondere über multilaterale Abkommen, die die Welthandelsordnung GATT/WTO und die Weltfinanzmarktordnung um soziale und ökologische Standards erweitern. Europa ist besonders gefordert, in diese Richtung aktiv zu werden. Flankiert werden sollte ein solches Bemühen durch Selbstverpflichtungsabkommen im Bereich der international operierenden Wirtschaft und durch pro-aktive Initiativen im Bereich der Zivilgesellschaft, vor allem der Nicht-Regierungsorganisation. Ein besonders attraktiver Ansatz ist hier die zur Zeit in der politischen Diskussion befindliche Nutzung von Möglichkeiten des Joint Implementation in der Erfüllung der Kyoto Verpflichtungen der Industrieländer. Der sogenannte Clean Development Mechanism bietet hier im Rahmen einer internationalen Entwicklungszusammenarbeit interessante Möglichkeiten, bei verringerter finanzieller Gesamtbelastung der Industrieländer im Verhältnis zu primär nationalen Maßnahmen deutlich mehr für die Überwindung der weltweiten Defizite im sozialen und ökologischen Bereich zu erreichen. Leider gibt es gegen derartige internationale Ansätze aber nach wie vor große nationale Widerstände, auch bei uns. Geeignete globale Maßnahmen und Rahmenbedingungen sind aber auch in diesem Kontext eine wichtige Voraussetzung dafür, dass regionale Initiati-

ven überhaupt in zielführender, nicht kontraproduktiver Weise möglich werden, gemäß der Leitidee "Think globally, act locally."

11. Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis ist eine Einrichtung der Heinrich-Böll-Stiftung. Es sammelt und erschließt die Quellen zur Geschichte der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie der Neuen Sozialen Bewegungen und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich.

Bestandsentwicklung

Sechs Archivierungsprojekte konnten im vergangenen Jahr mit Mitteln des Deutschen Bundestages durchgeführt werden. Darunter ein vierbändiges Findbuch mit einem fünften Registerband von insgesamt ca. 1750 Seiten zu den Archivalien der Fraktion "Die Grünen im Bundestag 1983—1990". Des Weiteren konnten Deposita von Gerald Häfner, Wilhelm Knabe, Verena Krieger und Halo Saibold bearbeitet werden, allesamt Bundestagsabgeordnete, die in der Gründungsphase der Grünen und speziell auch im Bundesvorstand aktiv waren. Auch der Nachlass von Petra Kelly wurde weiter bearbeitet. Drei neue Teilfindbücher erschließen die Archivalien zu ihrer politischen Arbeit als Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen zu Beginn der 80er Jahre, als Bundestagsabgeordnete und auch zu ihrem Engagement für krebserkrankte Kinder. Neben diesen Archivierungsprojekten konnte das Team des Archivs die elektronische Datenerfassung der Archivbibliothek vervollständigen und auch die Plakatsammlung, auf die sich besonders viele Anfragen beziehen, kontinuierlich bearbeiten.

Das Jahr 1999 war auch ein Jahr zahlreicher Gedenken und Ausstellungen: 50 Jahre Bundesrepublik, 20 Jahre seit der Gründung der "Sonstigen Politischen Vereinigung DIE GRÜNEN", mithin auch der 20. Jahrestag vieler Kreisverbände der Grünen, und schließlich 10 Jahre Mauerfall. Das Archiv Grünes Gedächtnis konnte sich durch Bereitstellung zahlreicher Exponate an einer Reihe von diesbezüglichen Ausstellungen beteiligen.

Archivnutzung

Weiterhin wird das Archiv intensiv zu Forschungszwecken und zur Recherche genutzt. Allerdings stehen den überwiegend studentischen Besucherinnen und Besuchern nur zwei Arbeitsplätze zur Verfügung, was eine Voranmeldung dringend erforderlich macht.

Umzug

Durch den Umzug der Bundestagsfraktion nach Berlin und die Übernahme der Archivalien der ersten beiden Europafractionen in Brüssel gab es im Jahr 1999 jede Menge Akten zu sichten, zu etikettieren und zu erfassen. Im Sommer 2001 wird auch das Archiv Grünes Gedächtnis den Weg nach Berlin antreten. Die Entscheidung für den neuen Standort fiel auf die "Eldenaer Straße", ein denkmalgeschütztes Gewerbehofprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Zentralschlachthofes im Bezirk Prenzlauer Berg. Mit im Rennen um den künftigen Standort war lange Zeit das neue "Haus der Menschenrechte" in der Greifswalder Straße. Dort hätte die gute Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung mit den Initiativen und Verbänden aus dem "Haus der Demokratie" weitergeführt werden können, aber letztendlich siegten technische Erwägungen.

12. Projekte und Partner im In- und Ausland sowie Gäste

Inland

Nachhaltige Entwicklung und Internationale Umweltpolitik

- **Studie Wirtschaft ohne Wachstumsstreben**, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie
- **Reihe Salon der Visionen**, Projektbüro Weimar
- **Tagungsreihe Stadtentwicklung**
- **Kongress Beyond Growth**, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie; Vereinigung für Ökologische Ökonomie, European Society for Ecological Economics, International Society for Ecological Economics
- **Studie Wem gehört die biologische Vielfalt?**
- **Fachgespräch Grüne Gentechnologie — Zukunftstechnologie oder Technologie ohne Zukunft?**
- **Klimakonferenz Bonn**, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie
- **Studie Energiewende 2020**, Ökoinstitut
- **Newsletter Gentechnologie**, Ökoinstitut
- **Fachtagung Szenarien für die Energieversorgung der Zukunft**
- **Tagung Atom-Konsens?**
- **Broschüre WTO Millenium Round**, Informationszentrum dritte Welt
- **Wett-Projekt Die Wette — Schultour 1999**, BUNDjugend

Zukunft der Arbeit und des Sozialen

- **Konferenz Neue Arbeitsplätze im Dritten Sektor**, Bertelsmann-Stiftung, taz, InDiCo3, Koordinierungsstelle Ost-West der BAG Arbeit
- **Konferenz Zukunft der Arbeit III: Deregulierte Arbeit — von Tagelöhnern und Selbstunternehmerinnen**
- **Infoveranstaltung zum Dritten Sektor**, Johns Hopkins Projekt, Bertelsmann-Stiftung
- **Sozialpolitische Fachgespräche: Auf der Suche nach neuen Wegen — Alter(n) und Gesellschaft**
- **Dokumentationen zu Neue Arbeitsplätze im Dritten Sektor**, Bertelsmann-Stiftung
- **Tagung Erfolgreich in die Chefetagen —**
- **Anforderungen an ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft**

- **Tagung Berlin 21 — wie wird die Hauptstadt zukunftsfähig?**, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 21

Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik

- **Tagung Geschlechterdemokratie in Organisationen**
- **Fachtagung der Kampagne gegen Männergewalt**, Kampagne gegen Männergewalt Berlin
- **Workshop Gewalt gegen Schwule**, Freies Tagungshaus Waldschlösschen e. V.
- **Seminar Mütterlichkeit/Väterlichkeit in Ost und West**
- **Gastvortrag R. Connell Understanding men: the new research on masculinity**
- **Ausstellungsprojekt Schwules Museum**, Schwules Museum Berlin e. V.
- **Kongress Männer und Frauen im geteilten Deutschland**, Zentrum Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, TU Berlin, AK Frauen nach '45
- **Projekt Geschlechterdemokratie 2000**
- **Gender-Infothek**
- **Fachtagung Männer machen Arbeit**
- **Paps — Zeitschrift für Männer**
- **Projekt Männer- und Geschlechterforschung**

Migration und demokratische Partizipation

- **Tagung Die Ära der neuen Verträglichkeit**
- **Seminar MigrantInnen in den Medien & Affirmative action**
- **Konferenz Die Chancen für Frieden und Demokratie in Afrika**
- **Gesprächsforen zur Migrationspolitik**
- **Fachgespräch Migration**
- **Dokumentation Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer**

Menschenrechte, Zeitgeschichte und Zukunft der Demokratie

- **Wettbewerb Anstiftung zur Einmischung — Projekte gegen Rechtsextremismus**
- **Pilotprojekt Innere Sicherheit: "Gewalt im öffentlichen Raum"**
- **Podiumsdiskussion Klemperer-Tagebücher**
- **Wehrmachtsausstellung, Hamburger Institut für Sozialforschung**
- **Buchprojekt Queering Democracy**
- **Quellenerschließung Gedenkstätte Sachsenhausen**
- **Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen**

- **Mahnmal für die verfolgten Homosexuellen**, Schwules Museum Berlin e. V
- **Jahrestagung Forum Menschenrechte**, Forum Menschenrechte
- **Podiumsdiskussion Krieg in Tschetschenien — Ende der Demokratisierung in Rußland?**
- **Lesung Zdenka Fantlová aus In der Ruhe liegt die Kraft, sagte mein Vater**, Gegen Vergessen — Für mehr Demokratie e. V.
- **Gedenkveranstaltung für Jürgen Fuchs Erinnern provozieren**, Akademie der Künste, Polnische und Tschechische Botschaft, Robert-Havemann-Gesellschaft, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Bürgerbüro e. V.
- **Kongress 10 Jahre danach — Eine Bilanz "Welche Demokratie?"**, Gustav-Heinemann-Initiative, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt
- **Kongress Neue Frauenbewegung Ost**
- **Fotoausstellung Zeitenwende**, Edition Temmen
- **Informationskampagne 10 Jahre danach**
- **Hannah-Arendt-Preis**, Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e. V.
- **Symposium Gedächtnis und Geschlecht**, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück
- **50 Jahre Staatengründung — Verfassungskontroverse**, Bildungswerk Humanistische Union, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- **Workshop Polizei, Schule, Sozialarbeit auf der Suche nach kooperativen Problemlösungen im Umgang mit Aggressionen und Unsicherheit**, Thüringisches Innenministerium
- **Fachgespräche Ost**
- **Tagung Historiker und Nationalsozialismus**, Universität Viadrina Frankfurt/Oder
- **Buchvorstellung Utopie der Säuberung**
- **Projekt Deportiertensuche vor Ort**, Landesbildungswerke
- **Buch Jenseits der Teilung**, Christoph Links Verlag Berlin
- **Veranstaltungsreihe Jour Fixe — Debatten zur internationalen Politik**, taz
- **Bildungspolitische Fachgespräche**
- **Flyer EXPO 2000**, Society for International Development
- **Filmveranstaltungen Innovative Schulen und Schulsysteme**
- **Vorlesungsreihe Virtuelle Universität**
- **Symposium Rebuilding Culture and Society after 1989: The Case of the Universities**, Canadian Center for German and European Studies Information Warfare
- **Konferenz Mut zum Wissen**
- **Berliner Hochschuldebatten**
- **Beratungsgespräch Jugend**, Bildung, Wissenschaft

- **"Ausländerrecht in Frankreich für deutsche und polnische Studierende"**, Universität Frankfurt/Oder
- **Außenpolitischer Ratschlag**, Deutsche Jugendpresse
- **Kooperation Forum Ziviler Friedensdienst**, Forum ziviler Friedensdienst
- **Projekt KLARA 2000 — Aktuelle Wege zur Demokratisierung**, Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar
- **Ausstellung Entfernung aus der Truppe**, Friedensbibliothek
- **Dokumentation Bündnisgrüne in Ostdeutschland**
- **Diskussionsveranstaltung Kosovo — Zwischen Friedensabkommen und Bürgerkrieg**
- **Fotoausstellung Kosovo**
- **Broschüre Linke Opposition in der DDR**
- **Tagung Rosa Luxemburg**, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
- **Initiativkreis "Kunst in öffentlichen Räumen"**
- **Textsammlung Bündnis 90/Grüne in den NBL**
- **Existenzbedingungen Grüne-Ost**

Kunst, Kultur und Medien

- **Reihe Index on Censorship**, Frankfurter Rundschau
- **Dia-Serie China**, Punkmädchen aus Ostberlin
- **Heinrich-Böll-Haus Langenbroich**, Heinrich Böll Haus Langenbroich e. V.
- **Künstlerförderung im Bonner Atelier**
- **Böll-Archiv**, verschiedene Veranstaltungen
- **Friedensfilmpreis**, IPPNW
- **Veranstaltung Städte der Zuflucht**, Städte der Zuflucht
- **DDR-Autorinnen, Symposium über die Gründe ihres Bleibens**
- **Filmvorführung "Herr Zwilling und Frau Zuckermann"**
- **Ausstellung in der Galerie: Pascale Marthine Tayou**
- **Symposium Balkan-Tag**, Neue Gesellschaft für Literatur
- **Interaktive Kunstaktion im öffentlichen Raum**, Judith Siegmund
- **Ausstellungskatalog Brustkrebs — Portraits betroffener Frauen**, Brustkrebs-Initiative Berlin
- **Reihe Komponistinnen und ihr Werk**, Komponistinnen und ihr Werk
- **Wirklichkeit im deutschen Film**, Internationale Medienberatung Köln
- **Fachgespräch Eine Welt**
- **Studie Deutsche Welle/Fernsehen in Asien**, Asienstiftung
- **Reader Digital, Partizipativ, Global**
Neue Kommunikationstechnologien in Afrika

- **Elektronisches Diskussionsforum Bildungsmanifest**
- **Zeitschrift ILA, Media Watch**
- **Seminar und Filmprojekt Rassistische und sexistische Stereotypen in den Medien,**
TU Berlin
- **Tagung Perspektiven des nichtkommerziellen Rundfunks, IG Medien**
- **Workshop Gleichstellung von MigrantInnen in deutschen Medien,**
Adolf Grimme Institut
- **Ratschlag Medienpolitik Digitale Medien — analoge Medienpolitik**
- **Podiumsdiskussion Kurdenproteste in den Medien,**
Dritte-Welt-Journalistinnen-Netz
- **Zensur und Propaganda — Krieg im Kosovo,**
Dritte-Welt-Journalistinnen-Netz, Reporter ohne Grenzen
- **Tagung Tabubruch als Programm — Privates und Intimes in den Medien,**
Journalistinnenbund
- **Konferenz Kultur und Krieg,**
Haus der Kulturen der Welt, Staatsministerium für Kultur und Medien
- **Seminar Kommunikationsprozesse begleiten und gestalten**
- **Ausstellung Rudolf Bahro — Leben und Wirken, LebensGut**
- **Pommritz e. V.**
- **Interaktive Medien Webman**
- **Projekt Wege von und zu Pasternak**
- **Kosovo-Benefizkonzert**
- **Veranstaltung Madjiguene Cissé**

Ausland

Lateinamerika

- **Amigas de la Comunicación Alternativa (A. C. A.),** Montevideo, Uruguay
- **Associação dos Pequenos Produtores do Município de Valente (APAEB),**
Valente (Bahia), Brasilien
- **Asociacion de Asesoría a Proyectos de Desarrollo (ADAPD),**
Chimaltenango, Guatemala
- **Asociación de Instituciones de Promoción y Educación (AIPE),**
Cochabamba, Bolivien
- **Asociación de Mujeres Rurales (ASMUR) und Sistema Económico Social (SES),**
San Vicente, El Salvador
- **Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH),** Peru
- **Associação Regional de Convivência com a Seca (ARCAS),**
Cicero Dantas (Bahia), Brasilien

- **Caribbean Association for Feminist Research & Action (CAFRA)**, Port of Spain, Trinidad und Tobago
- **Centro de Asesoría Laboral del Perú (CEDAL)**, Peru
- **Centro de Encuentros, Cultura y Mujer (CECYM)**, Buenos Aires, Argentinien
- **Centro de Estudios y Capacitación Familiar (CEFA)**, Panama City, Panama
- **Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán (CMPFT)**, Lima, Peru
- **Centro Humanitário de Apoio à Mulher (CHAME)**, Salvador, Brasilien
- **Centro para la Defensa del Consumidor (CDC)**, San Salvador, El Salvador
- **Comunicacion e Información de la Mujer (CIMAC)**, Mexiko D. F., Mexiko
- **Colectiva Mujer y Salud; Santo Domingo**, Dominikanische Republik
- **Contraportada, San Salvador**, El Salvador
- **Coordinadora de Mujeres del Cibao (CMC)**,
- **Santiago de los Caballeros**, Dominikanische Republik
- **Corporación Viva La Ciudadanía**, Kolumbien
- **Cotidiano Mujer**, Montevideo, Uruguay
- **CRIOLA**, Rio de Janeiro, Brasilien
- **Desarrollo Municipal (DM)**, Nicaragua
- **Fase — Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional**, Belém (Para), Brasilien
- **Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional (FASE)**, Rio de Janeiro, Brasilien
- **Facultad Latinoamericana para Ciencias Sociales (FLACSO)**, Mexiko D. F., Mexiko
- **Foro Boliviano sobre Medio Ambiente y Desarrollo (FOBOMADE)**, Cochabamba, Bolivien
- **Fundacion Entre Volcanes (FEV)**, Nicaragua
- **Fundación Foro Nacional por Colombia**, Kolumbien
- **Fundación Instituto de la Mujer**, Santiago, Chile
- **Fundacion Nacional para el Desarrollo (FUNDE)**, El Salvador
- **Fundación Naturaleza y el Hombre**, Havanna, Kuba
- **Fundación Rio Lempa (FUNDALEMPA)**, El Salvador
- **Grupo de Reflexión y Acción sobre Medio Ambiente (GRAMA)**, Cochabamba, Bolivien
- **Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas (Ibase)**, Rio de Janeiro, Brasilien
- **Instituto de Ecología Política (IEP)**, Santiago, Chile
- **Instituto de Estudos da Religião (ISER)**, Rio de Janeiro, Brasilien
- **Instituto de Investigación y de Desarrollo Maya (Plan de Accion Forestal Maya: Paf-Maya)**, Ciudad de Guatemala, Guatemala

- **Instituto Regional da Pequena Agropecuaria Apropriada (IRPAA)**, Juazeiro (Bahia), Brasilien
- **Investigación Social y Asesoramiento Legal Potosí (ISALP)**, Cochabamba, Bolivien
- **ISIS Internacional**, Santiago, Chile
- **Las Dignas**, San Salvador, El Salvador
- **MEMCH**, Santiago, Chile
- **Movimento Nacional de Direitos Humanos (MNDH)**, Brasília, Brasilien
- **Red de Ecología Social (REDES)**, Montevideo, Uruguay
- **Red de Educación Popular entre Mujeres de América Latina y El Caribe (REPEM)**, Montevideo, Uruguay
- **REDEH/Cemina**, Rio de Janeiro, Brasilien
- **Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio (RMALC)**, Mexiko D. F., Mexiko
- **Sempreviva Organização Feminista (SOF)**, São Paulo, Brasilien
- **Sociedade Paraense de Defesa dos Direitos humanos (SDDH)**, Belém, Para
- **Unidad Ecológica Salvadoreña (UNES)**, San Salvador, El Salvador

Afrika

- **African Publishers Network**, Simbabwe
- **Association For Promoting Girl's and Women's Advancement in Gambia**, Gambia
- **Association of Nigerian Authors**, Nigeria
- **Association of Westafrican Young Writers**, Nigeria
- **Association pour la lecture, l'éducation et le developpement au Mali**, Mali
- **Center of Excellence for Literacy and Literacy Education**, Nigeria
- **Civil Liberties Organization**, Nigeria
- **Civil Resource Development & Documentation Centre**, Nigeria
- **Community Technology Development Trust**, Simbabwe
- **Dept. of Environment**, Eritrea
- **Development Alternatives for Women Network**, Südafrika
- **EARTHLIFE AFRICA**, Cape Town, Südafrika
- **EARTHLIFE AFRICA**, Johannesburg, Südafrika
- **Environmental Monitoring Group**, Südafrika
- **Film Resource Unit**, Südafrika
- **Gender and Development Action**, Nigeria
- **Green Belt Movement**, Kenia
- **Group for Environmental Monitoring**, Südafrika

- **HUNDEE**, Äthiopien
- **International Union for the Conservation of Nature**, Southern Africa Region, Südafrika
- **ISIS — Women’s International Cross-Cultural Exchange**, Uganda
- **L’Association des Femmes de Dikhil**, Djibouti
- **LIVANINGO**, Mosambik
- **Mahber Fikri Sine-Tibeb**, Eritrea
- **Media Institute of Southern Africa**, Südafrika
- **Media Peace Centre**, Südafrika
- **MEDIAWORKS Community Publishing**, Südafrika
- **Ministry of Agriculture and Environment**, Rep. of Somaliland
- **Ministry of Education**, Dept. of Technical and A. E., Eritrea
- **Ministry of Land, Water & Environment**, Eritrea
- **Ministry of Rural Dev. & Environment**, Äthiopien
- **Mrara Art Association**, Eritrea
- **NAGAAD**, National NGO Centre, Rep. of Somaliland
- **Network for Promotion of Reading**, Nigeria
- **Nigerian Book Foundation**, Nigeria
- **NISAA Institute for Women’s Development**, Südafrika
- **Regional Environment Protection Bureau**, Äthiopien
- **SCHOOLCLUBS TIGRAY**, Äthiopien
- **Self-Employed Women’s Union**, Südafrika
- **Sister Namibia**, Namibia
- **South African Students Media Union**, Südafrika
- **Tintune**, Nigeria
- **Women in Nigeria**, Nigeria
- **Women Writers of Nigeria**, Nigeria
- **Women’s Association of Tigray**, Äthiopien

Naher Osten und Türkei

- **Al Muwatin**, Palästinensische Autonomiegebiete
- **Arab Youth Center**, Palästinensische Autonomiegebiete
- **Centre d’Ecoute et d’Orientation pour Femmes Agressées**, Marokko
- **Centre d’Ecoute pour femmes victimes de violence**, Tunesien
- **Fondation Zakoura**, Marokko
- **Pazartesi**, Türkei

- **Friends of the Earth Middle East (EcoPeace)**, Israel, Palästinensische Autonomiegebiete, **Jordanien**, Ägypten
- **GreenAction**, Israel
- **Kav La'Oved**, Israel
- **Kol Ha'Isha**, Israel
- **Ma'an**, Palästinensische Autonomiegebiete
- **Popular Art Center**, Palästinensische Autonomiegebiete
- **Radiojournalismus**, Palästinensische Autonomiegebiete
- **Salama Moussa**, Verein für Bildung und Entwicklung, Ägypten
- **Solidarité Féminine**, Marokko
- **SOS Femmes en Détresse**, Algerien
- **Transparency Maroc**, Marokko
- **Women's Empowerment Project (WEP)**, Gaza Community
- **Mental Health Program**, Palästinensische Autonomiegebiete
- **Women's Studies Center (WSC)**, Israel

Asien

- **Alternative Energy Project for Sustainability**, Thailand
- **Association of Nuns and Laywomen of Cambodia**, Kambodscha
- **Aurat Foundation**, Pakistan
- **Bangladesh Institute of Theatre Arts**, Bangladesh
- **Bangladesh Nari Progati Sangha (BNPS)**, Bangladesh
- **Buddhist Cultural Institute**, Mongolei
- **Buddhist Institute**, Kambodscha
- **Cambodian Institute for Cooperation and Peace**, Kambodscha
- **Department of Religion and Culture**, Indien
- **Foundation for Poverty Alleviation and Paralegal**, Kambodscha
- **Friends of the People, Environmental Trainings Center**, Thailand
- **Korea Women's Hotline**, Süd-Korea
- **Maple**, China
- **Project for Ecological Recovery**, Thailand
- **Royal University of Phnom Penh**, Kambodscha
- **Sakyadhita Sri Lanka**, Sri Lanka
- **Shirkat Gah/WLUML**, Pakistan
- **Social and Resource Development Fund**, Indien
- **Thai Volunteer Service**, Thailand
- **Tibet Heritage Fund**, China

- **Tibetan Commission on Human Rights and Democracy**, Indien
- **Tibetan Institute of Performing Arts**, Indien
- **Tibetan Justice Commission**, Indien
- **Tibetan Nuns Project**, Indien
- **Women's Development Collective (WDC)**, Malaysia
- **Women's Study Centre (WSC)**, Thailand

Mittel-, Südost- und Osteuropa

- **Autonomes Frauenhaus Zagreb**, Kroatien
- **Bürgervereinigung "Ji"**, Ukraine
- **Frauenverband Vilnius**, Litauen
- **Frauenstudienzentrum Belgrad**, FR Jugoslawien
- **Gemeinwesenzentrum St. Petersburg**, Rußland
- **Gesellschaft für Biodynamische Landwirtschaft Lettland**, Lettland
- **Internationale Jugendbegegnungsstätte Mikuszewo**, Polen
- **Kaukasisches Haus Tbilissi**, Georgien
- **Kharkiv Human Rights Protecting Group**, Ukraine
- **Liga pro Europa**, Rumänien
- **Patronat**, Polen
- **Petersburger Zentrum für unabhängige soziologische Forschungen**, Rußland
- **Polnische Gesellschaft für Abfallmanagement**, Polen
- **Stiftung zur Förderung von Umweltinitiativen**, Polen
- **Wandernde Frauenwerkstätten zum Frieden/Frauen in Schwarz**, FR Jugoslawien
- **Wissenschaftliches Informationszentrum Memorial**, Russische Föderation

International

- **International Feminist Magazine LOLApress**, Berlin, Montevideo, Johannesburg u. a.
- **Asiatisch-Europäisches Austausch- und Dialogprogramm zu alternativen Politikstrategien in Asien (ASED)**

Gäste

Im Jahre 1999 waren als Gäste der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland u. a.:

Santhanam Krishna Anuradha, Indien

Yociel Baez, Kuba

Soma Basu, Indien

Irene Bloemink, Niederlande

Maria Bogado, Argentinien

Nicole Bullard, Thailand

Nora Bustillos, Venezuela

Jutamart Chaikham, Thailand

Michel Chossudovsky, Kanada

Farooque Choudhory, Bangladesh

Dalai Lama, Tibet

Jaranya Dangnoy, Thailand

Mesfinbirru Dehnaew, Äthiopien

Karen Dowling, Irland

Lama Dramdul, Tibet

Dr. Leith Dunn, Jamaica

Jafar Farah, Israel

Sam Ferrer, Philippinen

Kelsang Gyaltsen, Tibet/Indien

Tenzin Gyatso, Tibet/Indien

Judith Head, Südafrika

Muhammad A. S. Hikam, Indonesien

A. M. Jain, Indien

Umor Juoro, Indonesien

Dot Keet, Südafrika

Ahmed Khaled, Pakistan

Mavis Komose, Südafrika

Chungdak Koren, Tibet/Schweiz

Thirumalai Krishna, Indien

Patrick Kulati, Südafrika

Kunijwok Kwawang, Kenia

Nalin Laduwahetty, Sri Lanka

Andrei Lavinia, Rumänien

Alain Lipietz, Frankreich

Tinashe Madava, Simbabwe

Nomanono Mahlaba, Südafrika
Desire Matirewe, Simbabwe
Kristina Mchaelles, Brasilien
Ayo Obe, Nigeria
Dr. Sri-Bintang Pamumngkas, Indonesien
Martha Peralta, Mexiko
Pierre Plessis, Namibia
Dey Poomkacha, Thailand
Tawatchai Rattanasorn, Thailand
Maria Reggpala, Philippinen
Fausto Lopez Rodriquez, Kuba
Jouri Rodygin, Rußland
Hesphina Rukato, Südafrika
Najma Sadeque, Pakistan
Rubina Saigol, Pakistan
Enrique Sermeno, El Salvador
Anju Sharma, Indien
Richard Sherman, Südafrika
Gabriel Shihepo, Namibia
Christ Stevens, Großbritannien
Potjana Suansri, Thailand
Dr. Moses Tekere, Simbabwe
Karma Lekshe Tsomo, USA
Mijam van Reisen, Belgien
Alejandro Villamar, Mexiko
Busi Xaba, Südafrika
Emilia Yanti, Indonesien
Ji Zou, China

13. Gremien

Mitgliederversammlung

Semra Basoglu, Margarete Bause, Mechthild Bereswill, Maren Bock, Viktor Böll, Barbara Böttger, Reinhard Bütikofer, Helga Flores Trejo, Gernot Folkers, Jürgen Gneiting, Adrienne Goehler, Katrin Göring-Eckardt, Konrad Grevenkamp, Monika Hantschick, Annette Hecker, Antje Hermenau, Dorothea Höck, Georg Hörnschemeyer, Willi Hoss, Irmgard Jochum, Krisztina Koenen, Angelika Köster-Loßack, Ali Kuhlmann, Kordula Leites, Reinhold Mau, Christoph Meertens, Brigitte Moritz, Klaus Müller, Cem Özdemir, Pino Olbrich, Lothar Probst, Gabriele Rosenbaum, Heide Rühle, Jörg Sauskat, Christine Scherer, Kristina Steenbock, Tine Stein, Edda Stelck, Gerda Stuchlik, Barbara Unmüßig, Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Elisabeth Weber, Reinhard Weißhuhn, Christine von Weizsäcker, Volker Wiedersberg

Aufsichtsrat

Reinhard Bütikofer, Helga Flores-Trejo, Jürgen Gneiting, Katrin Göring-Eckardt, Annette Hecker, Christoph Meertens, Gabriele Tellenbach, Barbara Unmüßig

Fachbeiräte

Frauenrat

Mechthild Bereswill, Barbara Graf, Jeanett Kipka, Dörte Mierau, Gabriele Rosenbaum, Uta Ruppert, Aysel Safak, Alena Wagnerova-Köhler, Christiane Ziller

Inland

Wolfgang Beer, Renate Künast, Ingrid Kurz-Scherf, Helga Lukoschat, Willfried Maier, Edda Stelck, Gisela Vollradt, Angelika Zahrnt

Kunst und Kultur

Adrienne Goehler, Albrecht Göschel, Jacqueline Köster, Eva Krings, Margit Proske

Medien

Sabine Baun, Gabriele Hooffacker, Claus Josten, Hans J. Kleinsteuber, Konrad Melchers, Rena Tangens, Peter Völker

Migration

Farideh Akashe-Böhme, Almuth Berger, Viktor Böll, Hayang Ja Jung, Annitta Kalpaka, Filiz Karsligil, Bernd Knopf, Özcan Mutlu, Wolfgang Richter

Mittel-, Südost-Europa

Wolfgang Eichwede, Eva Feldmann, Helmut Lippelt, Ludwig Mehlhorn, Sonja Schelper, Elisabeth Schroedter, Theresa Tarassova, Elisabeth Weber, Esther von Weizsäcker, Ljubljana Wüstenhube-Romanova

Ost

Simone Briese, Mechthild Günther, Friedrich Heilmann, Torsten Hesse, Eva Jähnigen, Marinka Körzendörfer, German Meneses, Sigrid Meuschel, Petra Opitz, Thomas A. Seidel

Studienwerk

Marie-Therese Albert, Tanja Berg, Michael Brumlik, Gudrun Ehlert, Maria Icking, Gert Jannsen, Preeti Purohit, Sabine Kiel, Sonja Schreiner, Rui Sixpence Conzane

Süd

Marianne Dallmer, Karamba Diaby, Bernhard von Grünberg, Christine M. Merkel, Klaus Meschkat, Wolfgang Sachs, Wolfgang Schmitt, Corry Szanth von Radnoth, Hilda von Krosigk

West

Andreas Emschermann, Hülya Eralp, Anja Köhne, Margit Mayer, Edith Müller, Heide Rühle, Frithjof Schmidt, Joscha Schmierer, Albert Statz

Koordinationsgremium des Förderkreises

Christian Holtgreve, Heinz Janning, Eva Quistorp, Edda Stelck, Dr. Gerhard Timm

14. Finanzen und Personal

Vorläufige Einnahmen- und Ausgabenrechnung 1999

Ausgaben	in DM
	1999
1. Personalausgaben (Inland)	12.704.346
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	5.147.736
3. Investitionen	1.211.099
4. Fachausgaben	
Politische Bildung Inland inklusive Weiterleitung an Landesstiftungen Projektförderung	6.594.096
Ausland	35.827.204
Stipendien	5.067.066
Betreuung Studienwerk	360.328
5. Sonstige Ausgaben	362.250
6. Baumittel (Archiv)	
Summe Ausgaben	67.274.125

Stand 26.06.00

Einnahmen

in DM

1999

1. Globalzuschuss/Bundesministerium des Innern	18.812.000
2. Verwaltungskostenzuschüsse Bundesministerien	6.546.246
3. Projektmittel Bundesministerien für Ausland, Studienwerk	41.177.791
4. Sonstige Einnahmen	853.334
5. Baumittel (Archiv)	

Summe Einnahmen	67.389.371
------------------------	-------------------

Stand 26.06.00

Anmerkungen

Die Darstellung der Einnahmesituation 2000 ist auf der Basis der bereits vorliegenden Zuwendungsbescheide für das Haushaltsjahr 2000 geschehen. Aller Voraussicht nach werden im Rahmen des Balkan-Förderprogramms zusätzliche Finanzmittel in Höhe von ca. 3, 9 Mio. DM (für 2000) bewilligt. Da der Zuwendungsbescheid bisher noch nicht vorliegt, wurden diese Finanzmittel in der Übersicht nicht berücksichtigt.

Es ist geplant, die der Heinrich-Böll-Stiftung zustehenden Baumittel des Bundesministeriums des Innern für einen neuen Standort des Archivs Grünes Gedächtnis zu verwenden.

Über die Ausgaben legt die Heinrich-Böll-Stiftung jährlich öffentlich Rechenschaft ab. Bundesministerien, Rechnungshof und Wirtschaftsprüfer kontrollieren die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel.

Gesamtübersicht Haushaltsplan 2000

Ausgaben	in DM
	1999
1. Personalausgaben (Inland)	14.663.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	3.931.000
3. Investitionen	513.000
4. Fachausgaben	
Politische Bildung Inland inklusive Weiterleitung an Landesstiftungen	6.320.000
Projektförderung	
Ausland	35.673.000
Stipendien	5.472.000
Betreuung Studienwerk	362.000
5. Sonstige Ausgaben	250.000
6. Baumittel (Archiv)	3.000.000
Summe Ausgaben	70.184.000

Einnahmen

in DM

1999

1. Globalzuschuss/Bundesministerium des Innern	18.475.000
2. Verwaltungskostenzuschüsse Bundesministerien	7.014.000
3. Projektmittel Bundesministerien für Ausland, Studienwerk	41.145.000
4. Sonstige Einnahmen	550.000
5. Baumittel (Archiv)	3.000.000

Summe Einnahmen	70.184.000
------------------------	-------------------

Personal

Insgesamt waren zum 31.12.1999 184 Personen (davon 24 studentische Aushilfen o. ä.) bei der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt — und zwar 168 im Inland und 16 im Ausland. Von den 184 Beschäftigten waren 131 Frauen und 53 Männer, wiederum 17 Migrantinnen bzw. Migranten. 61 Stellen waren Teilzeitstellen.

15. Adressen

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin

Telefon: 030—285340
Fax: 030—28534109
E-Mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Römerstr. 71
53332 Bornheim

Telefon: 02236—59236

Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e. V.

Rieckestr. 26
70190 Stuttgart

Telefon: 0711—26339410
Fax: 0711—26339419
E-Mail: info@boell-ba-wue.de
Internet: www.boell-ba-wue.de

Petra-Kelly-Stiftung

Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e. V.

Reichenbachstr. 3a
80469 München

Telefon: 089—24226730
Fax: 089—24226747
E-Mail: gtiedemann@petra-kelly-stiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Kottbusser Damm 72
10967 Berlin

Telefon: 030—6126074
Fax: 030—6183011
E-Mail: info@bildungswerk-boell.de
Internet: www.bildungswerk-boell.de

**Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e. V.**

Lindenstr. 53
14467 Potsdam

Telefon: 0331—2800786
Fax: 0331—292092
E-Mail: hbs-brandenburg@snaflu.de

**Bildungswerk Umwelt und Kultur
in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Plantage 13
28215 Bremen

Telefon: 0421—352368
Fax: 0421—352389
E-Mail: ruedel.boell@t-online.de

**Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg
umdenken — Politisches Bildungswerk**

Max-Brauer-Allee 116
22765 Hamburg

Telefon: 040—3895270
Fax: 040—3809362
E-Mail: umdenken@t-online.de
Internet: www.umdenken-boell.de

**Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e. V.
Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung**

Niddastr. 64
60329 Frankfurt a. M.

Telefon: 069—231090
Fax: 069—239478
E-Mail: info@hgdoe.de
Internet: www.hgdoe.de

**Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern
in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Mühlenstraße 9
18055 Rostock

Telefon: 0381—4922184
Fax: 0381—4922156
E-Mail: boell.m-v@flix.de
Internet: www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen

Schuhstr. 4
30159 Hannover

Telefon: 0511—30185711/12
Fax: 0511—30185714
E-Mail: info@slu.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Huckarder Str. 12
44147 Dortmund

Telefon: 0231—9144040
Fax: 0231—91440444
E-Mail: info@boell-nrw.de
Internet: www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Kaiser-Wilhelm-Ring 11
55118 Mainz

Telefon: 06131—611752
Fax: 06131—616437

Hauptstraße 21
67280 Ebertsheim

Telefon: 06359—961800
Fax: 06359—961427
E-Mail: boell.rlp@mainz-online.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e. V.

Talstr. 56
66119 Saarbrücken

Telefon: 0681—583560
Fax: 0681—583536
E-Mail: Boell.Stiftung@t-online.de

Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung

Schützengasse 18
01067 Dresden

Telefon: 0351—4943311
Fax: 0351—4943411
E-Mail: info@weiterdenken.de
Internet: www.weiterdenken.de

Mitwelt — Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e. V.

Neumarktstr. 9
06108 Halle

Telefon: 0345—2023927
Fax: 0345—2023928
E-Mail: hbs.sachsen-anhalt@t-online.de

Bildungswerk "anderes lernen" e.V. — Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Jungfernstieg 15
24103 Kiel

Telefon: 0431—906613—0
Fax: 0431—906613—4
E-Mail: boell.s-h@t-online.de
Internet: www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffer Str. 5
99084 Erfurt

Telefon: 0361—5553257
Fax: 0361—5553253
E-Mail: info@boell-thueringen.de
Internet: www.home.t-online.de/home/hbs.thueringen/

Die Regionalbüros im Ausland

Arabischer Naher Osten

Heinrich Boell Foundation

Kirsten Maas
P. O. Box 38570
IL-91385 Jerusalem

Telefon: 00972—2—2961121
Fax: 00972—2—2961122
E-Mail: boell@palnet.com

Bosnien-Herzegowina

Fondacija Heinrich Boell

Azra Dzajic
Cekalusa 42
BIH-71000 Sarajevo

Telefon: 00387—71—260450
Fax: 00387—71—260460
E-Mail: h.boell@bih.net.ba

Brasilien

Fundação Heinrich Boell

Karin Urschel
Rio de Janeiro

E-Mail: boell@openlink.com.br

El Salvador

Fundación Heinrich Boell

Silke Helfrich
Residencial Zanzíbar
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador

Telefon: 00503—2746812
Fax: 00503—2744220
E-Mail: boell@netcomsa.com

Europäische Union/Belgien

Heinrich Boell Foundation

Frieder Wolf-Buchert
28, rue le Titien
B—1000 Bruxelles

Telefon: 0032—2—7434100
Fax: 0032—2—7434109
E-Mail: brussels@boell.de

Israel

Heinrich Boell Foundation

Claude Weinber
Nachlat Binjamin 24
IL-65162 Tel Aviv

Telefon: 00972—3—5167734
Fax: 00972—3—5167689
E-Mail: hbstl@isdn.net.il

Kambodscha

Heinrich Boell Foundation

Hema Goonatilake
c/o Buddhist Institute
Unnalom Pagoda
P. O. Box 1047
Phnom Penh

Telefon: 00855—23—212046
Fax: 00855—23—216779
E-Mail: hbf@camnet.com.kh

Ostafrika

Asghedech Ghirmazion (voraussichtlich ab Ende 2000 in Kenia)

Pakistan

Heinrich Boell Foundation

Roshan Dhunjibhoy
No. 240 9th Street
Cavalry Ground Extn.
Lahore (Cantt.)

Telefon: 0092—42—6666322
Fax: 0092—42—6664899
E-Mail: roschan@brain.net.pk

Südafrika

Heinrich Boell Foundation

Sigrid Thomsen
4th Floor Heerengracht Building
87 De Korte Street
Braamfontein 2017
Johannesburg

Telefon: 0027—11—4030188
Fax: 0027—11—4030186
E-Mail: hbssa@wn.apc.org

Thailand

Heinrich Boell Foundation

Heike Löschmann
91/9 Umong Soi 5
Tambon Sutep, Muang
Chiang Mai 50200

Telefon: 0066—53—810430—2
Fax: 0066—53—810124

E-Mail: sea@hbsasia.org

Tschechien

Heinrich Böll Stiftung (voraussichtlich Ende 2000)

Milan Horacek
Barrandovska 1
CZ—15250 Prag

Türkei

Heinrich-Böll-Vakfi

Fügen Ugur
Büyükparmakkapi Sok. No. 14/4
Beyoglu — Istanbul

Telefon: 0090—212—2491554
Fax: 0090—212—2523136
E-Mail: hbsist@superonline.com

USA

Heinrich Boell Foundation

Sascha Müller-Kraenner
Chelsea Gardens
1638 R Street, NW, Suite 120
USA—20009 Washington DC

Telefon: 001—202—4627512
Fax: 001—202—4625230
E-Mail: washington@boell.de

16. Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung

Eine Auswahl

Nachhaltige Entwicklung

Die große Transformation des 21. Jahrhunderts

Ein Entwurf der politischen Ökologie Von Alain Lipietz. Übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Frieder O. Wolf, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 188 Seiten, DM 29, 80, ISBN 3-89691-470-7

Ist die technisch-wissenschaftliche Zukunft demokratisch beherrschbar?

Beiträge zum Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung im Januar 1989 u. a. von Ulrich Beck, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Regine Kollek, Konrad Adam, Reinhard Ueberhorst, Ulrike Teubner. Hrsg. von Roland Schaeffer. Köln 1990, 220 Seiten, DM 10, ISBN 3-927760-01-3

Energiewende 2020

Von Felix Chr. Matthes und Martin Cames. Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung. Diese Studie erscheint im Juli 2000 als Sonderausgabe der Reihe "Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung" in einer Auflage von 2500 Exemplaren sowie als Beilage des taz-Journals "Energiewende". Berlin 2000, ca. 48 Seiten, zahlreiche Abbildungen

Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung?

Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung. Von Wolfgang Sachs. Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 3, Berlin 2000, 36 Seiten

Wirtschaft ohne Wachstumsstreben—Chaos oder Chance?

Bericht über ein Forschungsprojekt von Liesbeth Bakker, Reinhard Loske und Gerhard Scherhorn, Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 2, Berlin 1999, 76 Seiten, zahlreiche Abbildungen

Kunst und Kultur

Positionen 1: "Versuch über die Vernunft der Poesie"

Die Nobelpreis-Vorlesung Heinrich Bölls von 1973, Neu ediert und mit einem Nachwort versehen von Jochen Schubert, Berlin 1999, 116 Seiten, DM 12, ISBN 3-927760-331

Heinrich Böll - Einem Autor folgen

Kölner Ausgabe - Zur Einführung, Mit einem Vorwort von Petra Streit und einer Einführung von Jochen Schubert (Ed.), Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1998, 120 Seiten, DM 10, ISBN 3-462-02827-8

Literatur und Diktatur

Beiträge vom Internationalen Autorencolloquium im November 1997 an der Schiller- Universität Jena. Hrsg. vom Collegium Europaeum Jenense in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Jena 1997, 312 Seiten, DM 15, ISBN 3-933159-02-4

Die Sprache als Hort der Freiheit

Sprachwende und Sprachwandel nach 1989. Mit Beiträgen von György Dalos, Christoph Dieckmann, Franziska Groszer, Ruth Reiher, Jens Reich, Adam Nadasdy, Sinan Gudzevic, Leszek Szaruga u. a., Köln 1996, 160 Seiten, DM 15, ISBN 3-927760-28-5

Moral Ästhetik Politik

Dokumentation der Veranstaltungen zur Heinrich-Böll-Woche 1992. Mit Beiträgen von Christa Wolf, Ludwig Harig, Gert Heidenreich, Heinrich Vormweg u. a., Köln 1993, 190 Seiten, DM 10, ISBN 3-927760-16-1

Komponistinnen und ihr Werk

Eine Dokumentation der Veranstaltungsreihe gleichen Titels 1990/91 von Christel Nies. Mit Beiträgen über Jacqueline Fontyn, Alma Mahler, Sofia Gubaidulina u. a., Köln 1992, 180 Seiten, DM 12, ISBN 3-927760-11-0

Geschlechterdemokratie und Feminismus

Macht gewinnen

Von Birte Rodenberg und Christa Wichterich. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland, Berlin 1999, 160 Seiten, DM 10, ISBN 3-927760-35-8 (Die Studie findet sich ab Mai in englischer und spanischer Sprache im Internet unter www.boell.de)

Wie weit flog die Tomate?

Eine 68erinnen-Gala der Reflexion. Mit einer Einleitung von Halina Bendkowski. Mit Beiträgen von Helke Sander, Marlene Streeruwitz, Viola Roggenkamp, Frigga Haug, Franziska Groszer, Dorothee Damm u. v. a., Berlin 1999, 264 Seiten, DM 15, ISBN 3-927760-32-3

Wir sind das Wunder, durch das wir überleben

Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. Von Christa Wichterich. Köln 1996, 160 Seiten, DM 12, ISBN 3-927760—26-9

Kreuz & Quer

Ost-West-Erfahrungen von Frauen. Hrsg. von Christine Eifler. Köln 1994, 176 Seiten, DM 12, ISBN 3-927760—22-6

Demokratie, Menschenrechte, Entwicklung

Die Parteienlandschaft Serbiens

Von Milan Milosevic. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, Berlin 2000, 112 Seiten, DM 24, ISBN 3-8305-0059-9

Global Governance: Alternative zur neoliberalen Globalisierung?

Von Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock und Peter Wahl, Eine Studie von Heinrich-Böll-Stiftung und WEED hrsg. im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 208 Seiten, DM 29, 80, ISBN 3-89691-471-5

Die Landkarte der Zensur

Erzählungen, Reportagen und Essays für die Freiheit des Wortes aus "Index on Censorship". Berlin 1998, 208 Seiten, DM 24, 80 (Ch. Links-Verlag), ISBN 3-86153-169-0

Eine neue Außen- und Sicherheitspolitik für Europa?

Die 1. Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit Beiträgen von Joschka Fischer, Dan Diner, Winrich Kühne, Julianne Smith, Christine von Kohl, Daniel Cohn-Bendit u. a., Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 6, Berlin 2000, 82 Seiten

Bildung und Wissenschaft

Brücken in die Zukunft

Gedanken zur künftigen Bildung. Mit Beiträgen von Sybille Volkholz, Gerold Becker, Ulf Preuss-Lausitz, Helmut Wiesenthal, Warnfried Dettling u. a., Berlin 1999, 236 Seiten, DM 12, ISBN 3-927760-34-X

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung

Handbuch der ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten, Von Sabine Dittrich, Sofia Manti und Dietmar Sedlaczek, Berlin 1998, 272 Seiten, DM 10, ISBN 3-927760-30-7

Die Wiederherstellung der Hochschule

Plädoyer für eine Rückkehr der Hochschulen in die Politik und die Gesellschaft. Von Michael Daxner, Köln 1993, 288 Seiten, DM 12, ISBN 3-927760-20-X

"Extrem gewalttätig ..."

Herausforderungen an Bildungseinrichtungen und Bildungspolitik. Fünftes Bildungspolitisches Fachgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit Beiträgen von Reimer Knaack, Dieter Becker, Wolfram Hülsemann u. a., Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 3, Berlin 1999, 60 Seiten

Zeitgeschichte

Der homosexuellen NS-Opfer gedenken

Mit einem Vorwort von Claudia Neusüß, einer Einleitung der Initiative HomoMonument und Beiträgen von George L. Mosse, Claudia Schoppmann, Katharina Kaiser, Klaus Müller, Frank Wagner, Thomas Rahe, Günter Grau und Rainer Hoffschildt, 1. Auflage, Berlin 1999, 160 Seiten, ISBN 3-927760-36-3

Differenz in der Einheit über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West

Mit Beiträgen von Michael Rutschky, Richard Schröder, Marianne Birthler, Ralf Fücks, Diederich Diederichsen u. v. a. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und Lothar Probst im Ch. Links Verlag, Berlin 1999, 216 Seiten, DM 24, 80, ISBN 3-86153-196-8

Stasi, KGB und Literatur

Beiträge und Erfahrungen aus Russland und Deutschland. Mit Beiträgen von György Dalos, Elke Erb, Wolfgang Ullmann, Oleg Kalugin, Witali Schentalinski u. a., Köln 1993, 216 Seiten, DM 15, ISBN 3-927760-17-X

Umgang mit der Vergangenheit

Medienberichterstattung in Deutschland und Südafrika. Mit Beiträgen von Jürgen Gottschlich, Nomawenda Matiane, Hugh Lewin, Mandla Langa, Regina Scheer u. a., Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 4, Berlin 1999, 114 Seiten, Abbildungen

"Czernowitz is gewen an alte, jidische Schtot ..."

Jüdische Überlebende aus der Bukowina berichten, 2. Auflage, Berlin 1999, 120 Seiten, DM 12

Alle Preise zzgl. Versandkosten.

Heinrich-Böll-Stiftung,
Rosenthaler Str. 40/41,
10178 Berlin,

Telefon: 030—285340,
Fax: 030—28534109,
E-Mail: info@boell.de,
Internet: www.boell.de

17. Förderkreis

"Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben" Heinrich Böll

Werden Sie Mitglied im Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung!

Der Förderkreis unterstützt die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung. Insbesondere wenn es darum geht, Menschen zu helfen und Projekte zu fördern, die mit öffentlichen Mitteln nicht finanziert werden können. Die Heinrich-Böll-Stiftung wahrt sich damit Unabhängigkeit in ihrem Handeln.

Der Förderkreis

- leistet konkrete und sofortige Hilfe für politisch bedrängte Menschenrechtsaktivisten. Wassil Bykau, der weißrussische Schriftsteller, konnte nicht in seine Heimat zurück und mußte in Deutschland bleiben. Der Förderkreis half ihm.
- fördert direkt und unbürokratisch Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Zur Zeit finanziert der Förderkreis ein Stipendienprogramm im Kosovo.
- hilft kleineren Projekten, z. B. einem Ferienprojekt für Flüchtlingskinder aus Bosnien und dem Kosovo
- unterstützt das Heinrich Böll Haus Langenbroich. In dem ehemaligen Wohnhaus Heinrich Bölls in der Eifel, finden Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Künstlerinnen und Künstler, die in ihrer Heimat verfolgt werden oder unter erschwerten Bedingungen leben müssen, einen Zufluchtsort. Sie bekommen im Rahmen eines Stipendiums die Möglichkeit, Abstand, Muße und Konzentration zu finden. Hier können sie sich mit anderen Menschen austauschen und ihre Arbeit in Lesungen oder Ausstellungen vorstellen.
- Des weiteren engagiert sich der Förderkreis mit eigenen Aktivitäten, die dem Anliegen und der Weiterentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung dienen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen. Die Stiftung ist gemeinnützig. Der Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft im Förderkreis beträgt 180 DM (für Geringverdienende 90 DM). Darüber hinaus freuen wir uns auch über Spenden, die speziell für einzelne Projekte geleistet werden können.

Was bekommen Sie als Mitglied des Förderkreises von uns?

- Informationen über Veranstaltungen und Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung
- den Jahresbericht der Stiftung und das halbjährliche Stiftungsmagazin www.boell.de
- Informationen über die Förderprojekte
- die Einladung zur Jahresversammlung des Förderkreises
- die Einladung zu den Mitgliederversammlungen der Heinrich-Böll-Stiftung
- Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, z. B. Besichtigung von Projekten, und
- wir organisieren für Sie einmal im Jahr eine politische Bildungsreise ins Ausland

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Regine Walch Gremienkoordination, Telefon: 030—28534—112, Fax: 030—28534—109, E-mail: walch@boell.de, Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin.

Aktuelle Informationen über den Förderkreis finden Sie auch auf unserer Homepage www.boell.de

Beitrittserklärung zum Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zum Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen)

- Ordentliches Fördermitglied
 - mit dem Jahresbeitrag von 180DM oder
 - ermäßigt für Geringverdienende auf 90DM
 - mit dem Jahresbeitrag von 240DM
 - mit dem Jahresbeitrag von 360DM
 - mit dem Jahresbeitrag von 600DM
 - mit dem Jahresbeitrag von DM _____
- Institutionelles Fördermitglied
 - mit dem Jahresbeitrag von 360DM oder
 - reduziert für Basisinitiativen auf 180DM
- Ich trete nicht in den Förderkreis ein, unterstütze aber mit einer einmaligen Spende von DM _____

Name _____

Adresse _____

Fon, Fax, Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Meine Beitragszahlung in Höhe von DM _____ habe ich auf die Bank für Sozialwirtschaft BLZ 10020500, Konto-Nr. 3076702 überwiesen.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir oben eingetragenen Betrag von DM _____ bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos einzuziehen.

Bank _____

Konto-Nr _____

BLZ _____

Datum, Unterschrift _____

Die Heinrich-Böll-Stiftung verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Ziele. Für den Jahresbeitrag wird eine Spendenquittung ausgestellt.